

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!  
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

# GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 50

Mai 1990

2,50 DM

*Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus!*

## *Gegen die Einverleibung der DDR!*

Die Schritte zur Einverleibung der DDR in das gesamte System der Bundesrepublik Deutschland, das Getöse darum, beherrschen die Medien der letzten Monate und Wochen. Gerade weil in der sogenannten "Öffentlichkeit", das heißt in den Medien des westdeutschen Imperialismus nur noch über das "**Wie**" der Einverleibung heftig gestritten wird, ist es um so dringlicher nötig, frontal diese **Politik der Einverleibung der DDR** zu bekämpfen.

Warum? Ganz gewiß **nicht**, weil in der DDR angeblich "Sozialismus" existiert, den es zu "bewahren" gelte. Nein, die DDR war längst eine besondere Form eines kapitalistischen Staates mit einer herrschenden Ausbeuterclique, die sich als "SED-treu" bezeichnete, aber mit den **Ideen des Sozialismus** noch soviel zu

tun hatte wie Kohl und Geißler mit dem Urchristentum.

Nein, Parolen und Illusionen, daß es gelte, eine "sozialistische" DDR zu verteidigen, gehen völlig an der Realität vorbei. Es gibt längst keine DDR auf dem Weg des Sozialismus mehr. Die ersten durchaus auch positiven Ansätze und Versuche direkt nach 1945 zunächst in der sowjetischen Besatzungszone, dann nach 1949 in der DDR den Weg des Sozialismus anzuvisieren, endeten jedoch rasch auf einem Weg der Abkapselung einer kleinen Clique der oberen Zehntausend, die die große Masse der Werktätigen ausbeuteten und unterdrückten und die Machenschaften und Verhältnisse im "Westen" mehr oder minder getreu zu kopieren begannen. Das Ergebnis dieser Imitation des We-

**Die "Radikale Linke" beruft sich auf die "Gnade der undeutschen Geburt"!**

**Kritik an der "Radikalen Linken"** S. 18

stens, dieser Abkehr von den Ideen der Theorie des Marxismus-Leninismus ist bekannt: Das *Original* des Kapitalismus im Westen erwies sich der schlechten *Kopie* mit "sozialistischem" Mäntelchen weit überlegen.

Die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus bedeutet keinesfalls die "Vernichtung des Sozialismus", wie einige

übriggebliebene Ableger der Honecker und Mies heute noch verlauten lassen.

Es handelt sich um eine ganz andere Sache. Es handelt sich darum, daß der Übergang von der arroganten Einmischung in die inneren Angelegenheiten zur Einverleibung der DDR eine *ungeheure Stärkung des westdeutschen Imperialismus* bedeutet.

## **Warum wir gegen die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus kämpfen**

**Erstens** ergeben sich für das westdeutsche Kapital enorme Möglichkeiten der profitbringenden *Anlage von Kapital* in der DDR, der systematischen Einbeziehung der dortigen Arbeitskräfte in ein in Westdeutschland schon effektiver ausgebautes System der planmäßigen *Ausbeutung der Arbeitskraft der Werktätigen*. Und es steigert auch seine Möglichkeiten, den Druck auf die Arbeiterklasse in den Betrieben in Westdeutschland zu erhöhen, den Lohn weiter zu drücken, die Steuerschraube fester anzuziehen usw.

**Zweitens** stärkt die Einverleibung der DDR den westdeutschen Imperialismus ökonomisch auch im *internationalen Konkurrenzkampf* gegen die anderen imperialistischen Großmächte, sei es gegen England und Frankreich im Kampf um die Vorherrschaft in Europa, sei es gegen den US-Imperialismus. Die Karten werden neu verteilt, die Einflußphären neu abgesteckt. Das hat zur Folge:

- Der westdeutsche Imperialismus steigert die *Ausplündерung anderer Völker*, seine Möglichkeiten wachsen, in neue Länder vorzudringen bzw. seine dortige Stellung auszubauen, um die Werktätigen zu knechten und auszusaugen.

- Und diese Stärkung des westdeutschen Imperialismus birgt in sich weitere reale Gefahren. Die Zeit des relativen Gleichgewichts der hochgerüsteten imperialistischen Räuber, das sich im Kräftespiel der imperialistischen Großmächte in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat ist weitgehend vorbei: Der westdeutsche Imperialismus wird nach der Einverleibung der DDR noch massiver als bisher den US-amerikanischen Imperialismus herausfordern, ihm seine Einflußgebiete streitig ma-

chen, den englischen und französischen Imperialismus beiseite zu schieben trachten, usw.

Doch nicht nur seine wirtschaftliche Macht, sondern auch seine *militärische Macht* wird wachsen. Nicht, wie einige Naive wirklich meinen, der Frieden wird sicherer, sondern der *Krieg*, der *Raubkrieg* zwischen den imperialistischen Großmächten wird wahrscheinlicher.

Mag es auch im Augenblick so scheinen, als ob es der westdeutsche Imperialismus gar nicht nötig habe, seine "Muskeln spielen" zu lassen, militärisch vorzugehen, da er im Augenblick neue Einflußgebiete durch sozusagen rein "friedliche Expansion" erhält: Der Schein trügt!

Wie die Geschichte des räuberischen deutschen Imperialismus zur Genüge gezeigt hat, steigert das Einverleiben fremder Gebiete nur den Appetit der Imperialisten. Der westdeutsche Imperialismus wird durch die Einverleibung der DDR nicht "zufriedengestellt", im Gegenteil, dadurch wird seine Unverfrorenheit nur noch verstärkt, verfolgt er nur noch um so eifriger seine immer dreisteren Pläne zur Unterwerfung anderer Völker und zur Verdrängung, ja Besiegung der anderen Imperialisten.

Völker, die sich heute vielleicht noch eine Besserung ihrer Lage durch den Zustrom westdeutschen Kapitals erhoffen, werden zwangsläufig die wahre Natur des westdeutschen Imperialismus erkennen und beginnen, sich gegen ihn zu wehren. Und der westdeutsche Imperialismus wird nicht zögern, mit Waffengewalt wirklichen Widerstand gegen die Realisierung seiner Ausplündungspolitik niederzuschlagen.

Es wird auch zwangsläufig der Punkt kommen, an dem die Expansion des westdeutschen

Imperialismus sehr massiv den Konflikt mit den anderen imperialistischen Großmächten zuspitzen wird:

Die Ausplünderung Osteuropas war bisher vor allem Sache des sowjetischen Sozialimperialismus. Um ihren Anteil daran drängeln sich auch die anderen imperialistischen Großmächte. Wer kann, wenn er sich in diese Frage hineindenkt, ernsthaft bestreiten, daß bei zunehmender Einverleibung Osteuropas durch die westdeutschen Imperialisten auch die "Schmerzgrenze" der anderen imperialistischen Großmächte berührt wird?

Es entspricht den Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus, daß bei veränderter Stärke der

beteiligten imperialistischen Großmächte, die die Welt unter sich aufgeteilt haben, eine ***Neuverteilung auf der Tagesordnung*** steht. Die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus bedeutet nicht nur die massive Stärkung des westdeutschen Imperialismus, sie bedeutet auch, daß sich der Knoten erneuter zwischenimperialistischer Konflikte und Kriege schnürt, daß die ***Gefahr eines erneuten imperialistischen Weltkrieges*** und die ***Gefahr von Kriegen des westdeutschen Imperialismus gegen sich wehrende unterdrückte Völker*** massiv steigt.

Die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus bedeutet seine Stärkung. Und das bedeutet:

## Der wirtschaftliche Einfluß des westdeutschen Imperialismus in der DDR

Heute rennen die Abgesandten des westdeutschen Monopolkapitals in der DDR die Türen ein. "Keiner will zu spät kommen", "gigantischer Markt", so und so ähnlich lautet die Devise. Mit von der Partie sind ausnahmslos alle großen westdeutschen Konzerne: AEG, Preussag-Salzgitter, Krupp, Klöckner-Humboldt-Deutz, Thyssen, Hoesch, Allianz, VW, Opel, Daimler-Benz, nicht zu vergessen die Deutsche Bank, die Dresdner(!) Bank, die Commerzbank - sie und viele andere haben bereits ihre "Kooperationsverträge" unter Dach und Fach, bereit, die Werktagen der DDR nun nach westlicher Manier auszusaugen.

Doch wie war es vorher, vor dem 9. November 1989, als noch das abgehalftete SED-Regime seinen Kapitalismus als Sozialismus zu verkaufen versuchte?

Rein mengenmäßig spielte der DDR-Handel bisher für den westdeutschen Imperialismus eine untergeordnete Rolle, lediglich etwas mehr als 1% der gesamten Ein- und Ausfuhr wurde mit der DDR abgewickelt. Für die DDR spielte der Handel mit Westdeutschland jedoch eine größere Rolle. 1988 war Westdeutschland nach der UdSSR und der CSSR drittgrößter Handels"partner". Im 1. Halbjahr 1989 betrug der Anteil Westdeutschlands an westlichen Warenlieferungen in die DDR 55% bei einem Gesamtvolume von 3,5 Mrd. US\$ (SZ, 6.4.90).

Begünstigt wurde der Handel mit Westdeutschland dadurch, daß er zollrechtlich als "Binnenhandel" eingestuft wurde. Ferner wurde der DDR ein zinsloser Überziehungskredit ("Swing") in Höhe von 850 Mio DM eingeräumt. Bei einer gesamten Netto-Auslandsverschuldung der DDR in konvertierbarer

Währung von ca. 22 Mrd. DM hatte die Verschuldung gegenüber der BRD einen Anteil von ca. 5 Mrd. DM (1988/89).

Direkte Kapitalinvestitionen waren formal in der DDR bisher nicht möglich. Durch Lizenzproduktion, Auftragsfertigung und andere "Kooperationen" wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter in der DDR aber bereits durch westdeutsche Konzerne für "Billiglohn" ausgebeutet. Ende 1987 gab es 1100 Projekte "kooperierender" westdeutscher Unternehmen in der DDR, davon 150 laufende Projekte. Schwerpunkt waren Maschinenbau und Elektrotechnik.

"Salamander"-Schuhe werden seit Jahren in der DDR in Lizenz gefertigt. Neckermann, Grundig, Quelle ließen einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Waren in der DDR herstellen. VW bezieht seit Anfang der 70er Jahre Zulieferteile aus der DDR, seit Mitte der 70er Jahre Waren im Wert von rund 50 Mio DM jährlich. 1984 wurde mit dem IFA-Kombinat die Produktion von VW-Motoren auf Lizenzbasis vereinbart. Das Handelsvolumen von Hoesch betrug bisher ca. 200 Mio DM im Jahr, die AEG-Tochter Westinghouse arbeitet seit fast zehn Jahren mit dem "VEB" Lokomotivbau in Henningsdorf zusammen. Die VEBA-Tochter Preußen Elektra schloß bereits 1988 als erstes westdeutsches Unternehmen direkte Kooperationsverträge mit der DDR ab.

Diese kleine Auswahl zeigt bereits, daß der westdeutsche Imperialismus bereits früher seine wirtschaftlichen Interessen in der DDR verwirklichte, wenn auch in weit geringerem Ausmaß als das heute möglich ist!

- Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung hier in Westdeutschland (und dann auch in der DDR),
- Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker,
- Wachsen der Kriegsgefahr - gegen imperialistische Konkurrenten und gegen andere Völker.

☆ ☆ ☆

## ***Der westdeutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus revidiert die Folgen der Niederlage des zweiten Weltkrieges!***

Die objektiven ökonomischen Ausbeuterinteressen, die damit verbundenen militärischen und politischen Maßnahmen zur Einverleibung der DDR, als erster Schritt weitergehender Pläne, wird begleitet von einer gigantischen **ideologischen Kampagne**, um die Bevölkerung in einen nationalen Taumel hineinzureißen und für die Ziele des westdeutschen Imperialismus zu mobilisieren.

Wie immer wird dabei mit verteilten Rollen gearbeitet: Während ein Teil der Politiker und Medien des westdeutschen Imperialismus in offensiver Weise, sozusagen ohne "Hemmungen" Revanche für die Niederlage im 2. Weltkrieg fordern, polnische Gebiete direkt einfordern, mahnen andere - die aber selbstredend dasselbe wollen - zu "mehr Ruhe", zu "weniger Unverfrorenheit": damit komme man sicherer zum Ziel! Diese bekannte Arbeitsteilung - grob gesagt zwischen CDU und SPD - ist altbewährt und schließt nicht aus, daß angesichts der euphorischen nationalistischen Hochstimmung bei den Politikern des westdeutschen Imperialismus auch schon mal die Fronten durcheinandergeraten: Da mahnt Weizsäcker (CDU), nicht alles so herauszugröhren, während Willy Brandt (SPD) sich als obernationalistischer Schreier gebärdet usw.

Über alle taktisch begründeten Unterschiede in Details hinweg zieht sich im Gerede der Politiker des westdeutschen Imperialismus die von Willy Brandt formulierte Richtlinie, die für alle Gültigkeit hat: **Nach 40 Jahren sei die Zeit vorbei, die Folgen des zweiten Weltkrieges, also der Niederlage des deutschen Imperialismus, anzuerkennen!**

Und so steht Westdeutschland, das sich formal noch im Zustand des bloßen Waffenstillstandes mit den Siegermächten der "Anti-Hitler-Koalition" befindet, das nie einen Friedensvertrag unterzeichnet hat, nie den gerechten Forderungen nach Reparationen, nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zugestimmt hat, heute in der Pose des nachträglichen "Siegers" des zweiten Weltkrieges auf dem Podest, und betrachtet, in deutscher Arroganz von oben herab, das Weltgeschehen um sich herum!

Die ganze Wahrheit ist: der westdeutsche Imperialismus entging der gerechten Bestrafung durch die Völker der Welt. Selbst die gerechten Forderungen des **Potsdamer Abkommens**, wie Liquidierung des deutschen Militarismus und der Kriegsindustrie, wirkliche Bestrafung aller Nazi-Verbrecher usw. wurden nicht erfüllt.

## ***Nationalistischer Taumel***

In einem wahren Rausch beglückwünschen sich die Politiker der Bonner Parteien für den "Durchbruch" des westdeutschen Imperialismus. Und - wenn auch in fortschrittlichen Kreisen die Euphorie des deutschen Nationalismus mit Entsetzen gesehen wird - es gelingt dem westdeutschen Imperialismus mit Hilfe

seiner gut durchdachten Taktik, verschiedenartig auftretende, sich gar scheinbar bekämpfende Politiker **für ein und dasselbe Ziel einzusetzen**, sehr große Teile der Bevölkerung in den nationalistischen Taumel hineinzureißen.

Dies gilt vor allem für die DDR. Dort feiert der Antikommunismus fröhliche Urstände, die

westdeutschen Politiker tummeln sich im Meer von mitgebrachten oder gar selbst in der DDR verfertigten Deutschlandfahnen. Fortschrittliche, gegen Nazis eingestellte Kräfte dagegen bekommen die Fahnenstange zu spüren!

Konnte in den ersten Wochen der Protestbewegungen in der DDR noch in Teilbereichen von einem berechtigten Protest zum Beispiel gegen Waffenschiebergeschäfte und Korruption gesprochen werden (wenngleich von vornherein pro-westdeutsche Kräfte entscheiden-

den Einfluß hatten), so entpuppen sich die heutigen Massenkundgebungen als *eindeutig reaktionäre Bewegungen* unter fester Führung der westdeutschen Imperialisten und ihrer Politiker. Ein wichtiges Indiz dafür sind eben die Prügelorgien gegen alle, die es wagen, ihre Stimme gegen eine "Einverleibung der DDR" zu erheben, die gegen die Nazis demonstrieren und im Strom des deutschen Nationalismus nicht mitschwimmen wollen!

☆ ☆ ☆

## *Die Lebenslüge von der "Überlegenheit des Kapitalismus"*

Die Chefideologen des westdeutschen Imperialismus jubeln in allen Tonarten: Der Kapitalismus hat seine Überlegenheit über den Sozialismus und Kommunismus bewiesen, der Sozialismus "funktioniert nicht", so und so ähnlich.

Das ganze Geschrei beruht auf einem einzigen, allerdings sehr wirkungsvollen **Täuschungsmanöver**:

Das, was in den letzten Jahrzehnten in der DDR herrschte, wird als "Sozialismus" ausgegeben - ...als ob die Arbeiterinnen und Arbeiter in der DDR in den letzten Jahrzehnten wirklich das Heft in der Hand gehabt, als ob aufgrund einer wirklichen sozialistischen Demokratie in den letzten Jahrzehnten in der DDR auch nur ein einziger, an den Bedürfnissen der Werktätigen ausgerichteter Plan für die Wirtschaft verabschiedet worden wäre! In Wirklichkeit bestimmten Neckermann, Quelle, Grundig, Ikea, die westdeutsche Zigarettenindustrie usw., die Honecker und Co., was produziert wurde. Bürokratische Mißwirtschaft verdarb dann eh' noch den Rest. Mit Sozialismus hatten die Zustände in der DDR nun wirklich nichts zu tun.

Doch Honecker, die DKP hatten es behauptet - und diese notorischen Lügner und Verfälscher

der Ideen des Sozialismus und Kommunismus erhielten eine gewaltige Schützenhilfe: Die westdeutschen Imperialisten behaupten ebenfalls - aus ihren Motiven heraus -, daß in den letzten Jahrzehnten in der DDR Sozialismus geherrscht habe, um unter Hinweis auf dieses abschreckende Beispiel ihren Antikommunismus scheinbar "logisch" zu begründen.

In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes: Nicht der "Sozialismus" ist in der DDR gescheitert, sondern die **Pseudo-Sozialisten**, die **Pseudokommunisten**, die in Wahrheit nur dem Kapitalismus des Westens nacheiferten und ihn zunehmend kopierten.

Wahr ist also lediglich:

Das Kapitalismus-*Original* hat die schlechte "Kapitalismus-Kopie" besiegt ... das ist alles!

Und auch große Teile der Bevölkerung der DDR haben sich offensichtlich gesagt: "Wenn schon Kapitalismus, dann richtiger Kapitalismus."

So stehen wir heute unter neuen Gesichtspunkten nach wie vor der Grundfrage gegenüber: Überwiegen die angeblichen "Vorteile" des Kapitalismus wirklich seine "Nachteile"?

☆ ☆ ☆

**"Wenn die nationale Borniertheit überall widerlich ist, so wird sie namentlich in Deutschland ekelhaft..."**

(Marx/Engels, "Die deutsche Ideologie", 1846, Werke Band 3, S. 458)

## **Die üble Rolle der Revisionisten der DKP und SED: Zu jeder Lüge bereit - und zu jedem Kriechertum!**

“Wiederum bestätigt sich die treffende Bemerkung (...), daß es schwierig ist, den Opportunisten bei irgendeiner Formel zu fassen: er wird mit Leichtigkeit jede Formel unterzeichnen und mit Leichtigkeit von ihr abrücken, denn der Opportunismus besteht eben im Fehlen irgendwelcher bestimmten und festen Prinzipien.”  
(Lenin, “Was tun?”, 1902, Werke Band 5, S. 546)

Einen wahren Anschauungsunterricht, was **Opportunismus**, was **Revisionismus** bedeutet, wo hin er führt, welche Folgen er hat, das erteilt in den letzten Monaten hier in Westdeutschland die DKP, Abziehbild der SED in der DDR, von dort - heute ganz offensichtlich - auch finanziert.

Nachdem nach Einstellung der Zahlungen der SED fast alle Büros und Buchläden der DKP quasi über Nacht schließen mußten, erwiesen sich die DKP-Revisionisten, im Kriechengeschult, als wahre Meister ihres Faches:

Auf der Suche nach neuen Geldgebern bettelten sie - nein, das ist keine “Verleumdung”, sondern Spitzes des Eisbergs - ausgerechnet bei Herrn Neckermann um milde Gaben! Originalton Ellen Weber, stellvertretende DKP-Vorsitzende: “Ich habe selbst schon Josef Neckermann um eine Spende für die DKP angehalten.” (FR 8.12.89) Und quasi über Nacht wurden aus Tausenden von Honecker-Anhängern Gysi-Anhänger, eine Beweglichkeit, die nur zu obszönen Kommentaren verleitet.

Ja, sie gehen in Sack und Asche und geißeln sich gar, daß sie “nichts gewußt” hätten. Sie wollen vergessen machen, daß es ja gerade der **Revisionismus** war und ist, daß sie, die **Revisionisten**, es sind, die entscheidend zu der heutigen Lage beigetragen haben.

Der westdeutsche Imperialismus kann ja heute seinen “Siegeszug” nur durchführen, weil die Revisionisten in der DDR und in anderen Ländern, völlig entgegen der Lehre von Marx, gegen die große Masse der Werktagen regiert, auf ihre Kosten gelebt und sich gemästet haben.

Um die Massen von der Idee der sozialistischen Revolution abzubringen, haben sie ein gegen den wissenschaftlichen Kommunismus gerichtetes - eben revisionistisches - System entwickelt, was so recht in das Konzept des Imperialismus paßte:

\* Bloß keinen Klassenkampf mehr, stattdessen produzieren, produzieren und nochmals produzieren sollen die Arbeiterklasse und die anderen Werktagen!

\* Bloß keine Revolution, mit den Imperialisten kommt man doch gut aus, wenn man von ihnen viele Kredite nimmt. “Friedliche Koexistenz” war ange sagt als Grundprinzip der Außenpolitik dieser Länder, die sich in der Hand von revisionistischen Funktionären befanden!

\* Und proletarischer Internationalismus - oh nein, bloß nicht - nur die “Haltung zur Sowjetunion” zählt, ansonsten feierten Chauvinismus und Nationalismus ihr Comeback, angefangen in Titos Jugoslawien, bis heute in der Sowjetunion Gorbatschows, der DDR usw.!

Die **Schuld** für den ganz kläglichen Übergang all dieser Länder in den Einflußbereich des klassischen westlichen Imperialismus tragen eben diese schmeicheligen Revisionisten, die sich übrigens nicht scheut, mit blutigstem Terror die aufrichtigen Kommunisten in ihren Ländern zu verfolgen und zu liquidieren.

Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß diese in Lug und Betrug erfahrenen DKP-Revisionisten in diversen “linken” Projekten Unterschlupf finden und ihre Arbeit der “Umwälzung des Kommunismus” weiterführen werden. Es kann gar nicht energisch genug vor diesen Figuren gewarnt werden: Der Revisionismus ist keinesfalls tot oder bankrott, **er wechselt gegenwärtig nur seine Form und sein Gesicht!** Seine grundlegende Verfälschung der Ideen des Kommunismus, der sozialistischen Revolution, seine Ideen vom angeblich “parlamentarischen” Weg zum Sozialismus, von der “friedlichen Koexistenz” mit den Ausbeuterklassen als Grundprinzip - all das ist weiterhin ganz zentrale Zielscheibe des ideologischen Kampfes, dem sich die Marxisten-Leninisten offensiv stellen müssen.

## **Das Weltystem des Kapitalismus - wirklich so großartig?**

In Europa, in Westdeutschland, so tönt es siegesgewiß, da habe der Kapitalismus doch nun wirklich nur Gutes geleistet!

Dies ist eine große Lüge, ein gigantischer Betrug!

Wie sieht denn die "soziale Lage" der großen Masse der Werktätigen innerhalb Westdeutschlands aus? Alles wunderbar? Von Jahr zu Jahr besser? Alles Lüge! In den Betrieben - selbst dort, wo der Nationalismus großen Einfluß in der Arbeiterklasse hat, wo der Antikommunismus sich eingefressen hat - weiß jeder, daß die Arbeitsetze ungeheuer gestiegen ist und weiter steigt, vor allem die **Intensivierung der Ausbeutung** durch "Rationalisierung" zunimmt. Während der reale Lohn aber von Jahr zu Jahr infolge der Verteuerung der Lebensbedingungen gesunken ist, wachsen die Milliardenproftte des Kapitals gigantisch.

Und wenn sich die westdeutsche Presse so "empört", daß ein Herr Honecker seiner Frau für 9000 DM Schmuck gekauft habe, so ist das ja nun der Gipfel der Heuchelei: Für einen solchen Betrag übernachten vielleicht zwei, drei Manager der deutschen Bank einen Tag mit Mittagessen in einem Hotel auf Geschäftskosten. Und die offiziell bekannten 100.000 DM Monatsbezüge eines Herrn Herrhausen nur für den Posten als Vorstandsvorsitzender bei der Deutschen Bank lösen natürlich keinerlei moralische Skrupel aus: Das ist eben so!

Nein, die Spaltung der Gesellschaft in eine reiche besitzende, in Luxus lebende herrschende Ausbeuterklasse und in die Klasse der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterinnen und Arbeiter, diese Spaltung existiert nach wie vor auch in einem Land wie Westdeutschland.

Einmal abgesehen davon, daß die Lage in Europa, in Westdeutschland gar nicht zu verstehen ist, ohne die **Ausbeutungsbeziehungen zu den anderen Ländern** der Welt zu beleuchten: Wie sieht es in der "übrigen" Welt aus? Hat der "Kapitalismus" etwa weltweit irgend etwas positives für die große Masse der werktätigen Menschen gebracht?

Allein die **Ernährungsgrundlage** von Milliarden Menschen ist Tag für Tag nicht gesichert. Selbst nach bürgerlichen Angaben müssen täglich - **täglich!** - 40.000 Kinder sterben, obwohl durch den Einsatz einfacher wirtschaftlicher Mittel sofort 20 000 Kinder täglich vor dem Siechtod gerettet werden könnten. Der

### **Kampf den "Großdeutschland"-Plänen!**

#### **»Bild-Zeitung«**

Die "Bild-Zeitung" stimmt mit dem Wetterbericht bereits auf die weiteren Einverleibungspläne ein: die DDR hat sowieso schon keine Grenze zu Westdeutschland mehr, und die Schweiz und Österreich gehören ja auch zum "deutschsprachigen Raum"!



#### **»Die GRÜNEN« (J. Fischer)**

Auch ein Sprecher der GRÜNEN, J. Fischer, leistet seinen Beitrag zu den offen revisionistischen Thesen, die quer durch alle Bonner Parteien gehandelt werden: Ihm seien "zwei, mit Österreich zusammen drei **deutsche** Demokratien, in **einer** Kulturnation eng verbunden, am liebsten" (FR 7.2.90). Damit wird bestritten, daß Österreich eine eigenständige Nation ist, wird schon ideologisch vorbereitet, daß es - angeblich **Teil** der deutschen Kulturnation, was immer das auch sein soll - damit rechnen muß, demnächst ebenso wie die DDR "behandelt" zu werden!

**"humane"** Kapitalismus, der **"humane"** Imperialismus in Aktion: **Tödlicher Hunger** existiert und breitet sich aus, die **Ausbeutung**, die **blutige Ausplünderei** der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hat niemals auch nur für eine Minute nachgelassen, sondern verstärkt sich von Jahr zu Jahr!

Aber **"Demokratie"** bringe doch der Kapitalismus, so tönt es! Nehmen wir für einen Moment die hohen Ansprüche, was Demokratie angeblich sei, einmal für bare Münze: Was die Imperialisten als **"Demokratie"** ausgeben - selbst **das** gibt es ja noch nicht mal in der überwiegenden Anzahl jener Länder, deren herrschende Klassen sich stolz zum kapitalistischen System zählen. Dort herrscht das **Gesetz der Maschinengewehren** ganz offen! Und die sogenannte **"Demokratie"** hier in Europa, in Westdeutschland? Abgesehen davon, daß es sie in den Fabriken eh' nicht gibt - auch außerhalb endet sie spätestens dann, wenn wirklich die Interessen des Kapitals angegriffen werden.

Und **"Frieden"**? In den vergangenen 80 Jahren hat der Kapitalismus die Welt ununterbro-

chen mit lokalen Raubkriegen überzogen und zwei Weltkriege durchgeführt - **das** ist die Wahrheit!

Auch für die Zukunft gilt dasselbe: Die Milliarden für die Aufrüstung, für das Militär sind Ausdruck des **imperialistischen Wolfsgesetzes**, daß der stärker Gewordene eben den schwächer Gewordenen im Kampf um Maximalprofit vertreiben wird. Die angebliche **"Überlegenheit"** des Kapitalismus wird sich in furchtbarer Weise darin zeigen, daß die verschiedenen kapitalistischen Staaten, wie schon in der Vergangenheit, auch in Zukunft im Kampf um größere Profite, um Einflußgebiete die Werktagen in den Waffenrock stecken und in **imperialistischen Kriegen** verheizen werden.

Vergleichen wir die verlogenen Ansprüche der Propagandisten des Kapitalismus mit seiner weltweiten Realität, so fällt das Urteil vernichtend aus - vernichtend für den Kapitalismus, der **Hunger und Tod, Ausbeutung und Verelendung** in ungeheurem Umfang für die große Mehrheit der Weltbevölkerung bedeutet!

## **Der Kapitalismus muß gestürzt werden!**

Die DDR und die anderen osteuropäischen Länder des "Warschauer Paktes", die sich lügnerisch als **"sozialistisch"** bezeichnen, sind Zerrbilder des Sozialismus.

Aber eins ist klar: Die Demagogie, die mit diesen Zerrbildern betrieben werden konnte und weiter betrieben werden kann, ist nicht ohne Wirkung geblieben und zwingt die Kommunisten, klar und deutlich die eigenen Ziele herauszuarbeiten und überzeugend die wirkliche **Überlegenheit des Sozialismus** zu beweisen.

Denn zu erkennen, daß der Kapitalismus schlecht ist, ist erst eine Sache, der erste Schritt. Sich damit dann doch abfinden, weil keine wirkliche Alternative sichtbar wird, weil die Versuche eines wirklichen Sozialismus nach einiger Zeit als gescheitert angesehen werden müssen - das ist ein sehr weit verbreitetes Problem, vor dem die Kommunistinnen und Kommunisten nicht einfach die Augen verschließen dürfen.

Massenbewegungen für den Sozialismus als einzige Alternative zu diesem kapitalistisch-imperialistischen Verbrecher-System werden

nur entstehen, wenn die kommunistischen Kräfte sehr klar und eindeutig ihre **programmatischen Ziele** überzeugend durchsetzen können, die neben vielen anderen Punkten, neben der unbedingt nötigen Idee der Unterdrückung der Konterrevolution, auch folgende Punkte eindeutig enthalten müssen:

- ★ Wirkliche, **sozialistische Demokratie** für die Arbeiterklasse und die anderen Werktagen (nicht aber für die Konterrevolution), wirklich jederzeitige Möglichkeit zur echten Wahl und Abwahl der Vertretungsorgane der Werktagen, ihrer einzelnen Mitglieder.

- ★ Die Kommunistische Partei muß wirklich Kern der Kämpfe für den Kommunismus sein. Unmißverständlich muß die Kommunistische Partei **gegen jegliche Privilegien** ihrer Mitglieder kämpfen. Die alte Forderung von Marx, daß jedes gewählte Mitglied der sozialistischen Volksvertretungen höchstens Facharbeiterlohn erhalten darf, muß ein Grundpfeiler des Programms des Kommunismus bleiben.

- ★ Die Produktion im Sozialismus muß ausgerichtet sein an den **Bedürfnissen der werktätigen Massen**. Die Wirtschaftspläne müssen

demokratisch, das heißt unter breitester Einbeziehung der Produzenten selbst, erstellt und verabschiedet werden.

Das aber erfordert nicht eine REVISION der grundlegenden Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, der Erfahrungen ihrer Zeit, sondern ganz im Gegenteil, eine überzeugende *Verteidigung der grundlegenden Gedanken des Kommunismus*, der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus, der Rolle der Kommunistischen Partei, eine Verteidigung der grundlegenden Erfolge des Aufbaus des Sozialismus vor allem in der Sowjetunion Lenins und Stalins und auch die Verteidigung der gigantischen Leistung der von der KPdSU(B) geführten Völker der Sowjetunion im Kampf gegen die deutschen Nazi-Faschisten.

Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, wirklich überzeugend die Verteidigung der grundlegenden Positionen zu verbinden mit einer durchaus *kritischen Einschätzung der Versäumnisse und Fehler der Arbeiterbewegung* auch in der Zeit des Wirkens von Marx, Engels, Lenin und Stalin, deren korrekte Linie und Auffassungen sich ja keinesfalls zu ihren Lebzeiten jeweils vollständig durchsetzen konnten.

Doch eine solche Analyse ist im Kampf für die Neuformierung der kommunistischen Kräfte auf klarer Grundlage und in bewußter Tradition unerlässlich, vor allem im *Kampf gegen die Gefahr der Revision* grundlegend richtiger kommunistischer Grundpositionen und Prinzipien angesichts des heutigen ungeheuren Drucks des Antikommunismus in allen Variationen.

Nur so kann an die Tradition der KPD angeknüpft werden, insbesondere an das von Rosa Luxemburg entworfene *Programm der KPD von 1918*. Als hätte das Programm der KPD die

revisionistische SED Honeckers als abschreckendes Beispiel vor Augen gehabt, heißt es im Hinblick auf einen wirklichen Sozialismus:

- “Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen - zu Kämpfen und Siegen.”
- Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volks betrug ist.”
- “Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung, ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpf sinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind. (...)

## **Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.”**

(Aus dem Programm der KPD von 1918)



Der vorstehend abgedruckte Artikel entspricht, leicht überarbeitet, der Stellungnahme von "Gegen die Strömung", die schon im März 1990 als Flublatt verbreitet wurde.

# ***Ergebnisse der Diskussion über die Stellungnahme von "GEGEN DIE STRÖMUNG"***

## ***»Gegen die Einverleibung der DDR«***

Anfang April fand eine Versammlung von Leserinnen und Lesern der Zeitschrift "GEGEN DIE STRÖMUNG" statt, auf der u.a. auch das Flugblatt "Gegen die Einverleibung der DDR" diskutiert wurde.

Die Diskussion konzentrierte sich auf folgende drei Fragen:

### ***1. Wie müssen die Verdienste der ersten Jahre der DDR für die Sache der Arbeiterbewegung und des Sozialismus eingeschätzt werden, wie müssen sie heute ideologisch gegen den Antikommunismus verteidigt werden?***

Im Vorspann der Stellungnahme "Gegen die Einverleibung der DDR" hieß es:

"Die ersten durchaus auch positiven Ansätze und Versuche direkt nach 1945, in der DDR den Weg des Sozialismus anzuvisieren, endeten jedoch rasch..."

Hierzu wurde zunächst einmal - ganz zu Recht - angemerkt, daß ja wohl besser die Zahl 1949 eingesetzt worden wäre. Denn da erst wurde die DDR gegründet. Durch die Zahl 1945 (und das Überlesen des "in der DDR") könnte der ganz falsche Eindruck entstehen, als gäbe es Positives nur in den Jahren 1945, 46, 47...

Die Frage der ersten Jahre nach 1945, sowie die Frage der ersten Jahre der DDR, also nach 1949, die hier nur sehr knapp (zu knapp, wie kritisiert wurde) angeschnitten wird, erhält ja immer größeres Gewicht, weil die Antikommunisten (von SPIEGEL" bis TAZ") ja immer offener dazu übergehen, gerade die großartigen und richtigen Maßnahmen dieser Zeitspanne im Stil der Neonazi-Presse anzugreifen. Da werden die Internierungslager für Kriegsver-

brecher als "KZs" bezeichnet, da werden BDM-Führerinnen (so in der TAZ vom 19.4.1990) zu angeblichen "Opfern des Stalinismus", die "Entschädigung" verlangen und so weiter und so fort.

Es ist eine erstrangige Aufgabe der Marxisten-Leninisten, die positive Tradition der kommunistischen Kräfte in der DDR gegen alle Verleumdungen zu verteidigen, die von vornherein existierenden Fehler und großen Probleme dabei zu berücksichtigen und mit möglichst großer Sachkenntnis, in den richtigen Proportionen überzeugend darzustellen.

Dabei geht es nicht nur um die in der DDR durchgeföhrte Verwirklichung vieler richtiger Beschlüsse der SED, der Bestrafung der Nazi-Verbrecher, um die Durchführung des Potsdamer Abkommens und in den ersten Jahren nach 1945 natürlich um die Durchführung der Beschlüsse der sowjetischen Behörden.

Es geht vor allem auch um die komplizierte Frage, wie weit der Prozeß der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse nach zwölf Jahren

Nazi-Diktatur für die Ideale des Sozialismus und Kommunismus vorangeschritten war, wie der Weg des Aufbaus des Sozialismus eingeschlagen werden konnte, ob und inwieweit dies in der DDR geschehen ist.

Dies möglichst genau zu analysieren, die gesamte Entwicklung von 1945 bis hin zur heutigen Entwicklung wirklich umfassend zu verstehen - das ist eine vorrangige Aufgabe.

Die Genossinnen und Genossen von "GEGEN DIE STRÖMUNG" werden die zu diesem The-

menkomplex bisher schon erarbeiteten Materialien in den nächsten Monaten auf Konferenzen und Versammlungen unbedingt erneut diskutieren, vertiefen und der komplizierten Lage entsprechend, die Ergebnisse im Kampf gegen Antikommunismus - und dabei ganz besonders auch im Kampf gegen den Revisionismus - verantwortungsbewußt (und sich vor vorschnellen Schlußfolgerungen hürend) propagieren.

☆ ☆ ☆

## **2. Das System in der DDR zur Zeit Honeckers wird als "besondere Form eines kapitalistischen Staates" bezeichnet, als "schlechte Kopie mit 'sozialistischem' Mäntelchen". Kann es nicht so herauskommen, daß die DDR unter Honecker doch noch "sozialistische Errungenschaften" hatte, die nun gegen die Einverleibung der DDR verteidigt werden müssen?**

Das ökonomische und politische System der Ära Honeckers in der DDR (und auch schon zur Zeit Ulbrichts, wobei hier es schwierig ist, genau einen bestimmten Zeitpunkt der Wende vom Weg des Sozialismus hin zum kapitalistischen Weg anzugeben) wird von uns eindeutig als kapitalistisches System eingeschätzt.

Dieses Wirtschaftssystem war in diesem Zeitraum, entgegen allen Beteuerungen der herrschenden Klasse in der DDR, dem Wesen, dem Inhalt nach kapitalistisch und keinesfalls sozialistische:

Es herrscht auf ökonomischem Gebiet das Profitsystem. Die Produktionsmittel, das heißt zum Beispiel die Fabriken, aber auch verstaatlichter Grund und Boden, sind nicht im Besitz "des Volkes", nicht im Besitz der Arbeiterklasse. Das vorgesuchte Argument, es handele sich doch um "volkseigene Betriebe", da es Staatsbetriebe seien, könnte ja nur dann richtig sein, wenn dieser Staat in der DDR *wirklich* in den Händen der Arbeiterklasse, der breiten Massen der Werktätigen liegen würde. Es handelt sich also in Wahrheit gar nicht um eine rein ökonomische Frage, erst recht nicht um eine juristische Frage, auf wessen Namen Fabriken, Ländereien etc. grundbuchlich, juristisch eingeschrieben sind. Es handelt sich um die zentrale Frage, wer *wirklich*, in der Realität

tat das Sagen hat, also wer wirklich die Kommandohöhen in der Wirtschaft und im Staat besetzt hat.

Das Verhältnis zu den Produktionsmitteln scheidet die Klasse der Produktionsmittelbesitzer von denjenigen, die keine Produktionsmittel besitzen. In der DDR gab es eine eigenständige Klasse, eine Bourgeoisie (genauer: eine neue Bourgeoisie, neu in dem Sinne, daß diese Form der Verkleidung von Kapitalisten als "Kommunisten" wirklich eine neue Erscheinung war), die die Entscheidungen über die Produktionsmittel, ihren Verkauf etwa oder auch ihre Verwendung beispielsweise für den westdeutschen Imperialismus, *ohne* und *gegen* die Mehrheit der Arbeiterklasse getroffen hat.

Das Problem aber, das nicht unterschätzt werden darf, ist die *Demagogie* mit den auch heute noch existierenden "sozialistischen" Formen, also die Tatsache, daß Formen und Vokabeln verwendet wurden, die einmal wirklich sozialistischen Inhalt hatten - etwa in der Sowjetunion Lenins und Stalins, oder auch zu Beginn in der DDR durchaus im positiven Zusammenhang gesehen werden müssen. Auch gab es eine Reihe von sozialen Maßnahmen, die für sich genommen gar nichts mit der Frage "Existiert Sozialismus?" zu tun haben, dennoch

aber durch die ersten Jahre der Entwicklung in der DDR im Zusammenhang mit der Orientierung der DDR auf den Weg des Sozialismus stehen.

Um ein ganz einfaches Beispiel zu nehmen: Maßnahmen, die Nahverkehrsmittel ungeheuer billig oder gar umsonst nutzen zu lassen (und andere ähnliche Maßnahmen), können in jedem kapitalistischen Staat als Reform von den Werktäglichen durchaus durchgesetzt werden, sind keinesfalls ein Merkmal des Sozialismus. (Solche Maßnahmen müssen heute unter dem Druck der Verhältnisse von jedem hochindustrialisierten kapitalistischen Staat mehr oder minder weitgehend oder begrenzt beschlossen werden; die Lage in Schweden ist da anders als die in Großbritannien und die in Finnland anders als in Frankreich usw.)

Und die Werktäglichen werden sich zu Recht wehren, wenn solche Maßnahmen rückgängig gemacht werden, wenn es z.B. Fahrpreiserhöhungen gibt, sei es in Schweden, Holland oder in der DDR.

In der DDR wurden solche und ähnliche Maßnahmen aber zu einem Zeitpunkt eingeführt, als wirklich die reale Möglichkeit existierte, nach der Gründung der DDR die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu begeistern und zu gewinnen, den Weg des Sozialismus zu beschreiten.

Auch als Ulbricht und Honecker (als Synonym für eine ganze Clique, ja Klasse einer "neuen" Bourgeoisie) längst diese reale Möglichkeit zerstört hatten, längst die Produktionsmittel fest in ihren Händen hielten, an wirklich sozialistische Demokratie, an die Diktatur des

Proletariats, also an die Unterdrückung der Reaktionäre und der Konterrevolution längst nicht mehr zu denken war, überdauerten eine Reihe solcher "Errungenschaften" - teilweise bis heute.

Nur - mit "sozialistischen Errungenschaften" hat dies eben gar nichts mehr zu tun.

Und wenn heute im Gefolge der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus Maßnahmen zur Verschlechterung der Lage der Masse der Werktäglichen in der DDR solche Aspekte betreffen, dann ist im Grunde dreierlei nötig:

\* Es ist nötig, diesen Kampf als Tageskampf natürlich zu unterstützen.

\* Es ist nötig, die Illusion bei solchen Kämpfen zu entlarven, daß es sich angeblich um "Errungenschaften des Sozialismus" handele, und nachzuweisen, daß die letzten Jahre und Jahrzehnte eben nur eine besondere Form des Kapitalismus existierte.

\* Es ist nötig aufzuzeigen, daß die aus den ersten Jahren der DDR stammenden positiven Gesetze, Verordnungen, sozialen Absicherungen *damals* im Zusammenhang mit einer echten Möglichkeit standen, den Weg des Sozialismus zu beschreiten. Heute aber gilt es neben den Tageskämpfen gegen die Verschlechterung der Lebenslage, den ganzen Verrat am Sozialismus durch die revisionistische Brut zu verstehen und den Kampf vor allem und vorrangig gegen *alle* Formen des Kapitalismus, eben gegen das System des Kapitalismus überhaupt aufzunehmen und wirklich für eine tiefgehende sozialistische Revolution auf allen Gebieten zu kämpfen.

### **3. Müßte nicht genauer aufgezeigt werden, daß die heutige aktive Phase der staatlichen Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus eine lange Vorgeschichte der ökonomischen und politischen Einverleibung und auch der ideologischen Durchdringung hatte?**

Eine solche Aufforderung ist sehr berechtigt. In der Tat bietet eine Analyse der vorher schon existierenden "Beziehungen" zwischen der DDR

und Westdeutschland eine Fülle von Eindrücken, wie ein Staat, in diesem Fall die DDR, sozusagen "sturmreif" gemacht werden kann.

Bei einer solchen Analyse wären etwa zu nennen:

\* Der Umfang der direkt im Auftrag Westdeutschlands durchgeführten Produktion

\* Die Milliardenkredite an die DDR als Mittel der Abhängigkeit

Dies genau zu belegen und zu dokumentieren ist in mehrfacher Hinsicht wichtig. Erstens zeigt es die Mechanismen der Einverleibungspolitik des westdeutschen Imperialismus auf. Zweitens beweist eine solche Analyse, daß es gerade die Politik der SED-Revisionisten, der Honecker und Co. war, die die heutige Lage überhaupt erst ermöglicht hat. Dies aber ist insofern nicht unwichtig, da im Zuge der heuti-

gen Politik der Einverleibung der DDR, der rapiden Formveränderung des Kapitalismus in der DDR (in direkt westliche Formen) - mit der Begleiterscheinung, daß sich die Lage der Masse der Werktätigen auf verschiedenen Gebieten verschlechtert, sich auch im nachhin Illusionen über die Realität der Honecker-Zeit verfestigen können, nämlich die Illusion als wäre dies doch eine Zeit des "Sozialismus" gewesen, der nur einige "Fehler" gehabt habe.

Nein, die DDR war schon vor dem November 1989 kapitalistisch, hat bei sehr großer Abhängigkeit von der sozialimperialistischen Sowjetunion auch schon vor 1989 die Orientierung auf Westdeutschland und "den Westen" überhaupt Stück für Stück verstärkt.



Die Analyse und kontroverse Diskussion, die Einschätzung vielfältiger möglicher Gefahren und die Korrektur von Fehleinschätzungen der konkreten Zukunft sind weiterhin sehr wesentliche Aufgaben.

Eine der wichtigsten *Hilfen* für unseren Kampf, für unsere Arbeit ist die möglichst konkrete Kritik an unseren Flugblättern und Artikeln. Anders als in der lebendigen Auseinandersetzung über einseitige Einschätzungen, Mängel, aber auch prinzipielle Fehler, kann eine kommunistische Zeitung, eine kommunistische Organisation nicht vorankommen. Die Debatte mit den Leserinnen und Lesern auf Versammlungen, in Diskussionsrunden, aber auch durch Briefkontakte ist dabei ein unerlässliches Mittel, daß verstärkt werden muß.

## Buchladen

### Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 6000 Frankfurt/M.

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

#### Öffnungszeiten:

Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,

Samstag 9 - 14 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

# Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs

Auszug aus der "Roten Fahne", Nummer 238 vom November 1989:

## Das Trugbild der "Entspannung" und die Tatsache der Vorbereitung des Szenarios für einen 3. Weltkrieg

Viele Menschen sehen die Bedrohlichkeit dieser ganzen Entwicklung nicht, weil sie eingelullt sind durch die ununterbrochene Propaganda, wonach jetzt, nachdem der böse Kommunismus "endgültig erledigt" sei, endlich das herrliche Zeitalter der Demokratie und des Friedens anbrechen würde.

Diese Vorstellung ist jedoch in jeder Beziehung falsch, den Tatsachen gröblichst widersprechend und voll größter Gefahren.

Die Quelle der Kriegsgefahren liegt doch nicht in wirklichen oder vermeintlichen Unterschieden in den Gesellschaftsordnungen hier und dort! Der 1. Weltkrieg war ausschließlich ein Krieg zwischen Staaten der *gleichen* Gesellschaftsordnung, nämlich von imperialistischen Staaten. Selbst der 2. Weltkrieg begann als Krieg zwischen Staaten der *gleichen*, kapitalistisch-imperialistischen "Ordnung" und das war durchaus kein Zufall.

Die Kriegsgefahr erwächst im Zeitalter des Imperialismus direkt aus der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen imperialistischen Staaten und der damit verbundenen *Verschiebung der Kräfteverhältnisse*, welchen die alten Aufteilungsverhältnisse der Einflußgebiete immer weniger entsprechen, sodaß die kriegerische Neuauftteilung der Welt auf die Tagesordnung rückt.

Genau eine solche früher oder später zum imperialistischen Krieg führende einschneidende Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten geht aber mit dem Zerfall des revisionistischen Staatenblocks einher und nimmt gegenwärtig sogar atemberaubendes Tempo an, wobei sich ein gewaltiger Machtzu-

wachs des (west-)deutschen Imperialismus bereits vollzieht. Damit ist schon klar, daß die Kriegsgefahr im Zuge dieser Entwicklung nicht kleiner wird, sondern rapide wächst!

Aber schütteln Bush und Gorbatschow, Bush und Kohl, Thatcher und wie sie alle heißen, einander nicht immer aufs neue die Hände, reden sie nicht unausgesetzt von der "Erhaltung und Sicherung des Friedens" als höchstem Gebot, eilen sie nicht von einer "Abrüstungskonferenz" zur anderen?

Eben das aber ist von jeher so gewesen: "Wenn die Oberen den Krieg verfluchen, sind die Gestellungsbefehle schon ausgeschrieben, sagte Bertolt Brecht. Die imperialistischen Kriegsvorbereitungen wurden immer schon bemängelt mit Friedensgeschwätz, "Visionen" vom Anbruch einer neuen friedlichen Epoche, von "peace in our time". Ohne diesen imperialistischen Pazifismus ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich. Dieses unbedingte Gebot der Verschleierung der Kriegspolitik gilt ganz speziell für den (west-)deutschen Imperialismus, der schon bei der Auslösung des ersten Weltkriegs eine führende Rolle gespielt und dann den zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat.

Natürlich darf man die Entwicklung einer Situation, in der *entscheidende Voraussetzungen für einen künftigen 3. Weltkrieg* auf breiter Basis geschaffen werden und stürmisch heranreifen, nicht mit einer *momentanen* Weltkriegsgefahr verwechseln. Der rasante politische, wirtschaftliche und zum Teil auch militärische Zerfall des revisionistischen Lagers, seine hemmungslose "Öffnung" dem imperialistischen Westen

gegenüber schafft zwar eine teilweise, *bedingte Atempause*, eine scheinbare "Entspannung", aber um einen furchtbaren Preis, der rascher zu bezahlen sein wird als die meisten Menschen glauben!

Das Expansionsstreben der Imperialisten, insbesondere der Großmächte, findet für einige Jahre noch weitere Möglichkeiten des "friedlichen" ökonomischen Vordringens. Speziell der westdeutsche Imperialismus sieht die Tore für seinen wirtschaftlichen und politischen Expansionismus weit geöffnet, hat alle erdenklichen Möglichkeiten der "friedlichen Eroberung" Polens, Ungarns, der UdSSR, Chinas usw. Aber was geschieht, wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind bzw. an Widerstände stoßen?

Ganz unvermeidlich prallen bei dieser Jagd nach Maximalprofiten ja die Raubinteressen der Großmächte immer schärfer aufeinander. Schon heute führen die japanischen, amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten auf verschiedenen Gebieten einen rücksichtslosen Wirtschaftskrieg gegeneinander. Die "natürliche" Fortsetzung dieser brutalen Kämpfe um Absatzmärkte, Rohstoffe usw. war und ist aber das "Kräftemesse" im imperialistischen Krieg. Auf dem Boden dieser Ausbeuterordnung gibt es kein Mittel, "friedlich" festzustellen, welchem Räuber gemäß seiner "Stärke" welcher Brocken "zusteht".

Immer offenkundiger wird bereits auch, daß die imperialistischen Rivalen des westdeutschen Imperialismus nur vorläufig "gute Miene zum bösen Spiel" machen oder gemacht haben. Der US-Präsident Bush erklärte, "eine eventuelle deutsche Wiedervereinigung könne keinesfalls außerhalb des NATO-Status stattfinden. Neutralitätskonzepte etwa nach dem Muster Österreichs können nicht in Frage kommen." ("Kronenzeitung", 3. 12. 1989). Und aus Moskau verlautet: "Seit die 'deutsche Frage' wieder auf dem Tisch liegt, will der Kreml nichts mehr von einer raschen Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO wissen." (Ebenda).

Das aber ist der springende Punkt: Die Ambitionen des westdeutschen Imperialismus bleiben *nicht* in dem für die anderen imperialistischen

F. L. L. / Bandenblätter Wien / Verlagssitz Wien 1180  
**Proletarier aller Länder vereinigt Euch!**  
**Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!**

# Rede Gabine

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHES  
 Nummer 238 November 1989 Preis S 10,-

**DIE SKANDALÖSE PLEITE DER**  
**REVISIONISTISCHEN VERRÄTER-**  
**REGIMES UND IHRE FOLGEN**

Wessen Pleite?  
 Seit Wochen sind wir Zeugen einer ungeheuerlichen, geradezu beispiellosen Pleite der Revisionistengesetzes im Rußland und Polen, in Usbekistan und in der CSSR, insbesondere aber auch in der DDR.

In den krassesten Formen bestätigt sich damit das, was die RF und die MLPD seit den Sechzigerjahren immer wieder vorausgesagt, wovor sie vom Moment ihrer Gründung an immer wieder eindringlich gewarnt haben:

- Die 1956 mit dem berüchtigten 20. Parteitag begonnenen und sich vor allem im Antistalinismus äußernde direkte Abkehr vom revolutionären, marxistisch-leninistischen Weg, die Revision, Verfälschung und Verneinung aller revolutionären Theorie und Praxis muß unvermeidlich zur Katastrophe führen. Das bedeutet die Untergabe und Zerstörung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, der Verlust aller revolutionären Errungenschaften, der Rückfall in die fluchbeladene kapitalistische Vergangenheit.
- \* Zur Entwicklung in der DDR
- \* "Neuordnung Europas" - das heißt heute Annulierung der Ergebnisse des Siegs über den Hitlerfaschismus
- \* Das Trugbild der "Entspannung" und die Tatsache der Vorbereitung des Szenarios für einen 3. Weltkrieg
- \* Zur Rolle des österreichischen Imperialismus

Großmächte akzeptablen, d.h. ihren Interessen untergeordneten "Rahmen", sondern zielen weit darüber hinaus, werden unvermeidlich mit Gewalt diesen Rahmen sprengen. Genau das ist auch ein wesentlicher Hintergrund des immer lauteren demagogischen Geschreis der Bonner Machthaber nach der "Revision von Jalta".

**Fazit:** Die triumphierend verkündete "Überwindung des kalten Kriegs" hat als realen Hintergrund die nunmehr auch formal vollzogene Liquidierung des ehemaligen sozialistischen Lagers. Aber diese bahnt nicht dem Frieden den Weg, sondern ist der Weg in eine Periode erhöhter Kriegsgefahren, der direkte Weg zu einem 3. Weltkrieg.



## **Westberliner Kommunist**

---

*Auszug aus dem Flugblatt zur "Einverleibungs-Wahl" in der DDR am 18. März 1990 -  
»Freie Wahl' zwischen Pest und Cholera!«*

Seit die westdeutschen Revanchisten die Öffnung der Mauer am 9. November mit dem Absingen des "Deutschland-Liedes" vor dem Schöneberger Rathaus als ihren Sieg gefeiert haben, steigt die deutsch-nationalistische Woge und steuert auf die Wahlen in der DDR zu.

### **Nein zu einem "großen und starken Deutschland"**

Zwischenzeitlicher Höhepunkt war die Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember. Die aufgeputzte deutsch-nationale Stimmung der dort Versammelten entsprach dem Anlaß: Ein reaktionäres Symbol der deutschen Geschichte wurde in Besitz genommen. Kohl und Momper hielten ihre teutonischen Triumphreden und beschworen ungeniert die Vision von "Berlin, unserer alten Hauptstadt" an einem Ort, der wie kaum ein anderer die fluchbeladene Geschichte der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Imperialismus repräsentiert. Wenn es nicht schon vorher klar war, dann wurde spätestens jetzt deutlich: die westdeutschen Imperialisten haben die Einverleibung der DDR praktisch auf die Tagesordnung gesetzt. Klar wurde auch, daß sie es sind, die im Kolonialherrenstil den Fortgang der Ereignisse bestimmen und vor allem Nutzen daraus ziehen. ...

Der nächste Höhepunkt, für den die westdeutschen Revanchisten mit aller Macht trommeln und für den die Propagandaapparate der faktisch gleichgeschalteten westdeutschen Medien heißlaufen, sind die Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990.

Für den westdeutschen Imperialismus und seine Politiker, gleich welcher Couleur, ist es ausgemachte Sache, daß diesen Wahlen die Einverleibung der DDR folgen wird. Auch wenn noch einige Auseinandersetzungen mit der Konkurrenz anstehen, seien es die französischen, die britischen, die US-amerikanischen Imperialisten oder die russischen Sozialimperialisten, geht es

für ihn nur noch um die günstigsten Übergabe-Modalitäten, um den geschicktesten Weg zur politischen Macht, um den effektivsten Zugriff auf die Wirtschaft der DDR usw. Fest steht allerdings schon jetzt, daß die Kosten dieser "Übernahme" auf den Rücken der Werktätigen hier und in der DDR abgewälzt werden sollen.

Gelingt dem westdeutschen Imperialismus die Einverleibung der DDR, dann geht ein alter Plan in Erfüllung, dann ist ein wichtiger Schritt zu alter Macht und Herrlichkeit getan. Dazu gehört auch, der bestehenden Westgrenze Polens die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung zu verweigern. Für den westdeutschen Revanchismus besteht Deutschland in den Grenzen von 1937 fort. Das polnische Volk, das unter dem Nazi-Faschismus unermäßlich gelitten hat, ist von der aufsteigenden Flut des westdeutschen Revanchismus direkt bedroht.

So geht der westdeutsche Imperialismus mit aller Macht daran, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren. Er wirft dabei seine Stärke als imperialistische Großmacht in die Waagschale, die weltweit um Hegemonie und Einflußsphären kämpft und die sich gezielt auf einen Krieg mit den imperialistischen Konkurrenten vorbereitet, die sich ihm bei der Verwirklichung seiner Ziele in den Weg stellen.

Die Dinge sind in Fluss geraten, aber nach rückwärts. Ein "großes und starkes Deutschland" droht Gestalt anzunehmen. Die Völker haben damit nur leidvolle Erfahrungen gemacht.

Aus dem Flugblatt des "Westberliner Kommunist" zum 1. Mai 1990

## Gegen den deutschen Nationalismus!

# KEIN SCHWARZ-ROT-GOLDENER - EIN ROTER 1. MAI!

Der diesjährige 1. Mai des DGB steht ganz im Zeichen des beherrschenden Themas der letzten Monate: die voranschreitende Einverleibung der DDR in das wirtschaftliche und politische System der Bundesrepublik. Geht es nach dem DGB, so soll ein deutsch-deutsches Maifest, ein "deutscher Mai" vor dem Reichstag gefeiert werden und eine vorweggenommene "Vereinigung" vor jenem Symbol der "deutschen Einheit" stattfinden, das den westdeutschen Imperialisten seit über vierzig Jahren ihren Anspruch auf ganz Deutschland verkörpert.

Der DGB setzt damit unübersehbar seine revanchistische Propaganda fort. In den fünfziger Jahren führte der DGB seine Aufmärsche vor dem Reichstag unter der Hauptlösung der "Wiedervereinigung" durch und heute mobilisiert er für das gleiche Ziel unter dem Titel "Deutsche Einheit" in seinem "Mai-Aufruf". Wenn mit der Parole "Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich" an diesem 1. Mai in Kreuzberg demonstriert wird, dann ist dies auch eine treffende Antwort auf die chauvinistische Unterstützung des westdeutschen Imperialismus durch den DGB.

## Der DGB betreibt die Einverleibung der DDR auf seine Weise

Die DGB-Fürsten werden von der Tribüne vor dem Reichstag herab verkünden, daß es nun um die Arbeitnehmerinteressen in ganz Deutschland gehe, daß man sich rüsten müsse gegen den Ansturm westdeutschen Kapitals auf die DDR, daß ein Anschluß nach Paragraph 23 Grundgesetz nicht in Frage komme. Aber bedeutet dies, daß der DGB sich gegen die Einverleibung der DDR richtet?

Dies zu glauben, wäre naiv. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften schwimmen voll und ganz im Strom der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus. Die DGB-Gewerkschaften übernehmen dabei in gewisser Weise sogar eine Vorreiterrolle entsprechend ihrer Funktion. Sie entfalten mit großem finanziellen und personellen Aufwand seit Monaten eine fiebrige Aktivität, um in der DDR nach dem Zerfall des FDGB, jenes Systems der "Sozialpartnerschaft" aufzubauen, das sich in der Bundesrepublik und in Westberlin über so viele Jahre bewährt hat, bewährt in der Fesselung der Werktätigen an das westdeutsche Kapital und in der Sabotage des Klassenkampfes.

Für den DGB ist damit auch die späte Genugtuung verbunden, den FDGB recht mühelos beiseitezuschieben. Der FDGB stand bei seiner Gründung auf klas-

senkämpferischen und sozialistischen Positionen und wurde gerade deshalb vom DGB damals massiv bekämpft. Längst ist der FDGB, vom Revisionismus der SED völlig zerfressen, ein Instrument der Ausbeutung der Werktätigen der DDR durch die neue Bourgeoisie der DDR geworden. Der FDGB hat bei den Werktätigen zurecht jeden Kredit verspielt.

Diese Situation nutzt nun der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften, gestützt auf einen mächtigen und finanziell starken Apparat, um parallel oder gleich von Westdeutschland aus, Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen, die so schnell wie möglich in den DGB eingegliedert werden sollen. Unabhängig davon, ob schon *ein Staat* existiert, ob die staatliche Einverleibung der DDR schon vollzogen ist oder nicht, sichert sich der westdeutsche DGB die große Zahl der Mitglieder des FDGB, in dem um die 90 Prozent der Werktätigen der DDR organisiert waren.

Wie soll auf dieser Grundlage, wenn auf der Ebene der Organisierung der Werktätigen die Einverleibung der DDR schon vollzogen und vorweggenommen wird, gegen die Einverleibung der DDR angekämpft werden? Dies ist nicht nur unmöglich, sondern soll von vornherein verhindert werden, indem die Werktätigen in den Vormarsch der westdeutschen Imperialisten zur Verwirklichung der "Einheit Deutschlands" eingebunden werden.

Hierin liegt bereits eine wichtige Warnung: die Werktätigen dürfen sich niemals auf eine Gewerkschaft verlassen, die als Vorhut der "Einheit Deutschlands" und als Vorbote des westdeutschen Kapitals auftritt. Wer sich auf die Gewerkschafts-Fürsten verläßt oder ihnen gar das Feld überläßt, ist selbst verlassen und kann seine wirklichen Interessen gegen Staat und Kapital nicht durchsetzen. ...

Die vom DGB betriebene Einverleibung der DDR ist einmal mehr ein Beispiel dafür, daß die Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, oft die Interessen der Bourgeoisie, "arbeiterfreundlich" verpackt, besser vertreten als diese selbst. Diese mit Extraprofiten aus der Ausplünderung der unterdrückten Völker vom Imperialismus bestochene Schicht in der Arbeiterklasse, ist mit ihrem "eigenen", dem westdeutschen Imperialismus und seinem Staat auf Gedeih und Verderben verbunden. Sie tut alles, um ihren schädlichen Einfluß in der Arbeiterbewegung geltend zu machen, dem westdeutschen Imperialismus den Weg zu bereiten und zu seiner Stärkung beizutragen.

Der DGB erweist sich auch bei der Einverleibung der DDR als treuer Diener seines Herrn, des westdeutschen Kapitals und seines Staates.

**Die "Radikale Linke" beruft sich auf die "Gnade der undeutschen Geburt"**

## **Kritik des zentralen Aufrufs der "Radikalen Linken": "Nie wieder Deutschland"**

### **Vorbemerkung:**

Unter den verschiedenen Parolen und Lösungen der letzten Monate hob sich die Lösung "Nie wieder Deutschland" der "Radikalen Linken" ab: Als radikale Absage an den nationalstatischen Taumel wurde diese Lösung verstanden, von den diversen anderen Gruppen wurde dieser Slogan gar als "unpatriotisch", also von chauvinistischen Standpunkten aus, abgelehnt.

Der "SPIEGEL" und anderen Presseorgane der Bourgeoisie berichteten ausführlich über diesen auch finanziell nicht schlecht ausgestatteten Zusammenschluß aus Kräften der "GRÜNEN-Fundis", dem "KONKRET"-Verlag, Ex-DKPlern und dem "Kommunistischen Bund" (Zeitschrift "Arbeiterkampf"). Dieses Sammelbecken sollte aus zwei sehr entgegengesetzten Gründen sehr ernst genommen werden:

Zum einen enthält ihr Aufruf durchaus eine Reihe richtiger und auch hochaktueller Gesichtspunkte, richtet sich **gegen** die Einverleibung der DDR, verweist auf eine Reihe von Mechanismen des Nationalismus. Wir sind überzeugt, daß es oft gerade diese korrekten Punkte sind, die angesichts des vorherrschenden

Deutschstümlertums ihre Anziehungskraft auf viele Anhänger der "Radikalen Linken" haben.

Doch das ist nur die eine, positive Seite der Sache. Die Hoffnung in die "Radikale Linke" wird jedoch rasch enttäuscht werden. Denn die negative Hypothek dieses Bündnisses ist zweifellos, daß der entscheidende Kern personell Garantie für Opportunismus ist:

Ausgebuffte "Politprofis" der Bonner "GRÜNEN-Promis", Geschäftemacher vom "KONKRET"-Verlag, abgehalfterte DKP-Funktionäre, die für ihren bisherigen Opportunismus eine neue Arena suchen, sie alle garantieren dafür, daß dieses Bündnis nicht wirklich "radikal", an die Wurzeln der gesamten Entwicklung in Westdeutschland und in der DDR geht, daß nicht wirklich "linke", an den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, am Ziel des Kommunismus orientierte Politik betrieben werden wird.

Aus all diesen Gründen, positiven wie negativen Aspekten der "Radikalen Linken" erscheint uns eine Kritik an zentralen Fehlern des "Aufrufes" nötig.

### **Warum die Lösung "Nie wieder Deutschland" von einer grundfalschen Voraussetzung ausgeht**

#### **Deutschland und der deutsche Imperialismus haben nie aufgehört zu existieren**

"**Nie wieder Deutschland**" - das ist nicht einfach eine Forderung für die Zukunft, sondern sie enthält logisch auch eine Aussage über den heutigen Zustand.

Der Slogan "Nie wieder Deutschland" enthält die Behauptung, daß es heute **kein** Deutschland gibt. Man kann den Slogan drehen und wenden, wie man will, er erhält nur dann als Forderung einen Sinn, wenn die Verfasser davon ausgehen, daß es heute Deutschland nicht gibt.

Das aber ist grundfalsch. Von einer solchen falschen Voraussetzung ausgehend läßt sich weder die gesamte Entwicklung nach 1945,

noch die aktuelle Entwicklung der letzten Monate überhaupt begreifen, weil einfach die Realität als nicht existent dargestellt wird.

Es lohnt sich, diese Kritik zu durchdenken, denn die Illusionsmacherei über die Realität ist ein zentrales Übel fauler, opportunistischer Politik überhaupt, dieses Aufrufes der "Radikalen Linken" im speziellen.

Die Vorstellung, daß nach 1945 Deutschland aufgehört habe zu existieren, weil die Armee Nazi-Deutschlands geschlagen war und kapitulierte, ist mehr als naiv. Es war und bleibt völlig klar, daß Deutschland weiterhin existierte, auch wenn es zunächst besetzt war.

Aber dann, mit der Teilung Deutschlands, nach der Gründung der BRD und der DDR?

Die Vorstellung der "Radikalen Linken", daß es heute kein Deutschland mehr gebe, beruht offensichtlich auf der falschen Ansicht, daß mit der Teilung Deutschlands in zwei Staaten, die in wesentlicher Hinsicht zunächst entgegengesetzte Wege gingen (ein eigenes Thema: welche durchaus positiven Entwicklungen gab es in den ersten Jahren der DDR und wo fehlte es an einem radikalen Bruch mit dem ganzen bisherigen, bürgerlichen Deutschland), Deutschland überhaupt aufgehört haben soll, zu existieren.

Genau dies ist ein entscheidender Fehlschluß, da Deutschland, eine historisch gewachsene Nation mit der gesamten Geschichte und Vorgeschichte eben nicht in ein paar Jahrzehnten durch diese oder jene politische Entscheidung, durch eine staatliche Teilung, "verschwinden" kann.

War in den ersten Jahren nach 1949 klar, daß in dem einen Teil Deutschlands, in Westdeutschland, ohne wenn und aber das gesamte negative Erbe Deutschlands den geänderten Umständen entsprechend aufbewahrt, gehegt und gepflegt wurde, schien es in den ersten Jahren in der DDR so (und dies war auf einigen wichtigen Gebieten keineswegs nur ein Schein), als sollte dort radikal mit der reaktionären Seite der deutschen Geschichte gebrochen werden. Die Wahrheit ist, daß schon sehr rasch, nunmehr seit über 30 Jahren die DDR längst diesen Weg verlassen hat, in Wirklichkeit längst dazu übergegangen ist, den Kapitalismus anzubeten und ihn in besonderen Formen, verbrämt durch eine Funktionärswirtschaft der SED, selbst zu praktizieren.

So oder so wäre in der DDR ja nicht etwas anderes als "Deutschland" gewesen: bei einer durchgehend positiven Entwicklung hätte es in einem Teil Deutschlands den Aufbau des Sozialismus gegeben - ein *Teil Deutschlands* wäre es geblieben, aus der deutschen Geschichte hätte sich eine sozialistische DDR nicht einfach ausklinken können.

Angesichts der negativen Entwicklung in der DDR in den letzten 30 Jahren haben sich dort selbstverständlich auch Nationalismus und Verstärkung der reaktionären Elemente der deutschen Geschichte als Grundtendenz ausgebretet.

Wahr ist also, es gab ein Deutschland, in zwei Staaten geteilt zwar, und es gibt es weiterhin. Die gesamte heutige Entwicklung ist gar nicht zu verstehen, wenn vor dieser Tatsache einfach die Augen verschlossen werden.

Es war ja gerade der westdeutsche Imperialismus, der sehr geschickt diese Tatsache für seine Expansion ausgenutzt hat zur ideologischen Beeinflussung breiter Teile der Bevölkerung nicht nur hier, sondern auch in der DDR.

Das Verleugnen der Existenz Deutschlands enthält in sich auch eine Bagatellisierung der Möglichkeiten des westdeutschen Imperialismus, der sich bei seiner Politik der raschen Einverleibung der DDR die Existenz Deutschlands, einer gemeinsamen Geschichte selbstverständlich zu Nutzen macht.

Und es ist auch nicht so, daß erst *nach* der Einverleibung der DDR, wie der Aufruf der "Radikalen Linken" glauben machen will, "ein neuer deutscher Koloß entsteht". Nein, schon heute ist der westdeutsche Imperialismus eine imperialistische Großmacht, ein "Koloß" ganz in der Tradition des deutschen Imperialismus überhaupt, sein direkter Nachfolger.

Die Beschwörung einer *zukünftigen* Gefahr darf nicht auf Illusionen über den *heutigen* Zustand beruhen. Genau aber das ist bei der "Radikalen Linken" der Fall.

Um vor den in der Tat großen Gefahren zu warnen, die nach der vollständigen Einverleibung der DDR und auch Westberlins vom westdeutschen, dann deutschen Imperialismus ausgehen, darf eben nicht illusionär und wirklichkeitsfremd die Existenz Deutschlands einfach bestritten und der schon existierende westdeutsche Imperialismus verharmlost werden!

*"Haftungsgemeinschaft" - Was ein Wort! Hier sind wohl Oberjuristen am Werk!  
Und Demagogen, die geschickt das Problem überspringen, um das es geht!*

## Einige Randbemerkungen zum

# Aufruf der Radikalen Linken:

## »Nie wieder Deutschland!«

*„nichtkapitalistisch“?  
„sozialistischer Quark!“  
„Oh, wch, revisionistischer Quark!  
Das waren KAPD ALSDI SCHE  
Länder“  
„lediglich mit anderen Formen!!“*

1914 nach Beginn des I.

und ähnlich wie am 17. Mai

zur Deklarierung der außenpolitischen Erklärung Hitlers. Mit dem nationalsozialistischen Taumel verband sich der Triumph des Sieges über das „Reich des Bösen“.

Es ist ja wahr: Das System, das sich „Reiner Sozialismus“ nannte, ist am Ende. Viele Menschen, die sich zwar nicht mit der spezifischen Gesellschaftswelt der DDR/UdSSR usw. identifizierten, sich aber für eine sozialistische Gesellschaft gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung engagiert hatten, spürten in ihrer eigenen Arbeit und im öffentlichen Klima die Offensiv von rechts: Es läuft eine massive, teils offene, teils subtile Kampagne, mit der Überlegungen zu einem „Sozialismus“ gleich welcher Art, oder planvollen Wirtschaften, aus der gesellschaftlichen Diskussion ausgeprägt werden sollen. Stattdessen wird das Hohefeld auf die Leistungsgesellschaft und den Markt – und das heißt: auf ein Wirtschaften nach dem Recht des Stärkeren – angestimmt. Gleichzeitig ist das Wiederaufleben eines neuen großdeutschen Nationalismus, Revanchismus, Antisemitismus und verschärften Rassismus sowie ein anhaltender Sexismus festzustellen.

Der Kapitalismus erwies sich in der Auseinandersetzung mit den nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnungen des RGW als siegreich. Die Strategie des Imperialismus, diese Gesellschaftssysteme zu beseitigen, hat Erfolg.

Dieser Sieg resultiert allerdings nicht nur aus der Stärke des kapitalistischen Systems, sondern auch aus der inneren Brüchigkeit der bürokratischen Herrschaft in den RGW-Staaten.

Alle Versuche, den Kapitalismus zu überwinden – kommunistische Genossenschaften in den USA im 19. Jahrhundert, die Pariser Commune 1871 und jetzt auch die nichtkapitalistischen Gesellschaften im RGW-Bereich – kommen von diesem bis heute niegedergemacht werden.

Damit hat sich vorerst eine Ordnung durchgesetzt, die auf Ausbeutung und Ausrottung beruht; Ausbeutung von behinderten und unbehinderter Arbeitskraft und abhängig von der Natur in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern, Verelendung und Ausrottung ganzer Bevölkerungen in den Teilen der Welt, die in „Unterentwicklung“ gehalten werden. Die Mobilisierung aller Reichtümer, die durch Ausbeutung und Ausrottung für den „Freien Westen“ gewonnen wurden, gehört ebenfalls zu den Voraussetzungen des kapitalistischen Sieges.

Eine Schokoladenseite hat dieses System nur in seinen Metropolen – und auch das nicht für alle. Die Probleme des Kapitalismus – seine konjunkturellen und strukturellen Krisen, Erwerbslosigkeit, Verelendungszeiten bei den einen, bei gleichzeitiger maximalem Reichtum anderer – werden bleiben, auch

nachdem das Gesellschaftsmodell der DDR, UdSSR und anderer RGW-Länder nun gescheitert ist. Der Kapitalismus ist insbesondere unfähig, die ökologischen Gefahren zu beseitigen, die er selbst erzeugt hat. Mehr noch: Der Kapitalismus ist dabei, die hiervon ausgehenden Gefahren zu potenzieren und die Grundlagen für jegliches Leben auf dem Planeten Erde zu zerstören. Als patriarchaler Kapitalismus impliziert er immer auch ein strukturelles Gewaltverhältnis über Frauen und ihr Leben. Die – bisher fast unverfügbar – Verfügungsgewalt über

Kapital, Justiz, Kirche, Privatbereich und Ausdruck

– Uff! Was für Illusionen in die Lügen

der SPD!

„Oder-Neiße-Grenze ohne wenn und aber“

– „Zerschlagen“, „Bürgerkrieg“ – das wäre radikal und links!

*„Wieso „befürchten“  
„ist doch eh sicher!“?*

*„Länder“*

*„sozialistischen Sexismus bis hin zur Verwaltung von Frauen; drückt sich aus in der geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung in Produktion und Reproduktion, in der Propaganda der (deutschen) Volksmutter im modernen Gewande der „neuen Mütterlichkeit“. Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob durch den faktischen Auflösungsprozeß der Militär-Organisation des Warschauer Paktes ein Weltkrieg unwahrscheinlicher geworden wäre. Aber: Rüstungsproduktion, Rüstungsexport, militärische Interventionen gegen diejenigen Staaten, welche den kapitalistischen Zentren nicht völlig parieren, werdenbleiben.“ Überlebt ist zu befürchten, daß imperialistischer Größenwahn sich mit der Zersetzung der RGW-Staaten weiterentwickelt und auch eine militärische Dynamik gewinnt. Es ist daran zu erinnern, daß die noch gar nicht so lange zurückliegende westliche „Nachrührung“ von Szenarien ausging, welche eine verblüffende Ähnlichkeit zu heutigen Realität aufwiesen.*

*Wir haben uns in der Vergangenheit aufgewandt, von einer Ersten, Zweiten und Dritten Welt zu reden. „Erste Welt“ sind die am „höchsten entwickelten“ kapitalistischen Staaten, in denen trotz allem gesellschaftlichen Reichtum, aber die Anzahl derer, die keine Arbeit finden und in Armut leben, immer größer wird. Als „Dritte Welt“, auch „Peripherie“, sehen wir die Länder, in denen die große Mehrheit der Erdbevölkerung lebt, und wo Hunger und Elend der gesellschaftliche Normalzustand ist. Und als „Zweite Welt“ die nichtkapitalistischen Gesellschaften im RGW-Bereich.*

*Ausnahmen wie der DDR mag es gelingen, in den Kreis der „am höchsten entwickelten“ kapitalistischen Gesellschaften aufgenommen zu werden. Insgesamt wird sich jedoch zwischen West- und Ost-Europa ein anderes Verhältnis herausbilden: Die bisherigen RGW-Länder drohen zu einer neuen „Dritten Welt“ zu werden, zum Hinterhof der reichenen kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas, insbesondere der BRD. Innerhalb dieser Länder selbst kommt es zu einer explosionsartigen Anhäufung von Reichtum bei einer kleinen Minderheit und wachsenden Verelendungsstendenzen bei großen Teilen der Bevölkerung. So leben heute in Ungarn, dem Land mit der längsten entsprechenden „Reformerfahrung“, nach Angaben der Regierung 15 Prozent der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze.*

*Der DDR allerdings wird mit großzügiger Arroganz die Aufnahme ins westeuropäische Haus annonciert. Ihre Chancen, nach Abschüttung der bisherigen Herrschaftsverhältnisse und Aufgabe staatlicher Souveränität in ein besseres Appartement zu ziehen, steht man in rosigem Farben dar. Die BürgerInnen der DDR werden von der BRD nicht als StaatsbürgerInnen mit ihren eigenen souveränen Rechten anerkannt, sondern als Deutsche mit fiktiven Volksrechten behandelt. So wird der DDR ein Sonderweg neben den anderen RGW-Ländern zugewiesen. Die BRD allerdings sieht in ihren Konföderations- und Vereinigungsplänen, die der DDR diesen Sonderweg erlauben, in erster Linie die Chance, ihre Vorherrschaft in West- und Gesamt Europa – und damit gegen Osten und Süden – zu verstärken. Eine „Wieder- oder eine Neu-Vereinigung“ würde die Vierte Reich zur beherrschenden Macht in Europa machen.*

*Wie sehr sich die Bonner Regierenden bereits als die Herren von morgen aufführen, zeigt sich daran, daß sie sich weigern, die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze zu garantieren. Wenn Bundespolitik und Bundesjustiz über die Grenzen von 1937 räsonieren, denken die Menschen im Ausland an 1937. Das stimmt CDU nicht. Und wenn SPD und FDP heißen, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ohne Wenn und Aber fordern,*

*so verschweigen sie, daß es Wenn und Aber Bestandteil ihrer eigenen Ostpolitik des siebziger Jahre war. Ihnen geht es darum, die Wiedervereinigung unter Dach und Fach zu bringen – dannsehen sie weiter. Ein Willy Brandt, der sich in der Springer-Presse als Gesamtdemokrat feiert lässt, verhöhnt heute alle diejenigen, die sein Niederknien im Warschauer Ghetto einmal beklagt.*

*„Vertragsgemeinschaft“  
„Drei-Welten-Theorie“  
„Revolte“  
„dervereint“*

*Vorzeichen: Dies gilt  
Von links Zehn-Punkte-Plan, als auch*

*– wahllos in anderer Absicht formuliert – für Konzepte, wie sie von Teilen der SED-PDS-Führung vertreten werden.*

*Schon längst erfolgt eine ökonomische und politische Durchdringung der DDR. Ihre künftigen formellen Regierungen werden für die „sozialen Grausamkeiten“ verantwortlich zeichnen, die im Rahmen eines solchen Prozesses einem großen Teil der Bevölkerung aufgebürdet werden, z.B. insbesondere den Frauen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, daß den Frauen eine negative „Neorreiterinenrolle“ zugedacht wird: So sind von den anstehenden Umstrukturierungen und Entlassungen zu 80 Prozent Frauen betroffen. Auch ist zu befürchten, daß bisherige DDR-spezifische positive Errungenschaften der sozialen, materiellen und rechtlichen Situation von Frauen wieder zurückgeschraubt werden.*

*Auch unter der Voraussetzung einer kapitalistischen Zweistädtlichkeit würde in BRD und DDR das Thema „Wiedervereinigung“ ein Dauerbrenner bleiben. Es ist das Recht der Frauen und Männer in der DDR, eine eigenständige Entschei-*

*dung über das von ihnen gewünschte Gesellschaftsmodell zu treffen. Für uns in der Bundesrepublik aber ist zu fordern, daß die in der BRD Herrschenden sich aus den inneren Angelegenheiten der DDR heraushalten. Wir setzen der Einmischung der in Bonn Regierenden entgegen, die hier keinen Widerstand entgegenbringen. Die hier projektierten besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind nationalistisch, gehen zu Lasten anderer Völker, lenken von den tatsächlichen Problemen ab, die in der Bundesrepublik bestehen oder von ihr intervertusacht werden, und vertiefen diese.*

*Auch in einem kapitalistischen Gesamtdeutschland oder einer mit der DDR in „Vertragsgemeinschaft“ verbündeten BRD werden die bisher bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht gelöst sein. Das nationalistische Going East verstellt den Blick auf die in der BRD anstehenden Probleme. Diese sind u.a.:*

– Die Zerstörung der Umwelt

– Massenerwerbslosigkeit, Zunahme unbeschäftigte Arbeit insbesondere von Frauen sowie Lohnabbau

– Ausplündерung der „Unterentwickelten“ gehaltenen Länder

– Überwachungs- und Reglementierungstaat

– Verschärfung ökonomischer, politischer und sexueller Ausbeutung von Frauen bis hin zur vollständigen Verfügbarkeit über ihre Körper durch die neuen Gen- und Reproduktionstechnologien

– Zunehmender Einfluß einer eugenischen Wertordnung, die das Prinzip von Auslese und Ausnutzung als Waffe gegen sozial und kulturell Unterdrückte auf die Tagessetzung setzt

– Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

– bis hin zu Antisemitismus

– Generell wachsende Feindseligkeit ge-

gen weitere zu uns kommende politische und soziale Flüchtlinge und diejenigen, die hier bereits leben.

Die ökologischen und sozialen Probleme der Bundesrepublik können zweifellos nicht in ihren eigenen Grenzen allein, sie sollen aber auch nicht auf dem Rücken anderer Völker gelöst werden. Ein nationa-

*gung von BRD und DDR wäre das gerade Gegenteil einer befreienden und internationalistischen Politik.*

*Zweifellos existieren in der DDR gleiche und ähnliche Probleme wie in der BRD – und viele spezifische. Diese Probleme können jedoch grundsätzlich besser im Rahmen einer DDR-Gesellschaft und ohne „Extra-Beziehungen zwischen westdeutscher Regierung und BRD-Konzernen mit dieser DDR gelöst werden.“*

*Die Meinungsmacher in der Bundesrepu-*

*blik – und zunehmend auch in der*

*BRD – bereiten uns schon jetzt allmählich auf zukünftige Volksabstimmungen in beiden deutschen Staaten über eine et-*

*wasche Wiedervereinigung oder „Neuver-*

*einigung“ vor. Es ist denkbar, daß sich*

*der DDR eine Meldoblast dafür findet,*

*aber es kann dafür eintreten, daß mög-*

*lich viele Frauen und Männer der*

*Bundesrepublik sich gegen die staatliche*

*Einheit „Deutschland“ und andere*

*nationalistische Wege entscheiden. Dies*

*wird im Interesse der Lohnabhängigen*

*und Ausgepräzten. Von einem nationa-*

*len Raum haben sie nichts als Nachteile;*

*Er dient einzlig dem maximalen Profit We-*

*niger, befördert die Disziplinierung der*

*Opposition und bedroht alle Ansätze hu-*

*munistischer, antisexistischer sowie öko-*

*logischer Politik.*

*Viele, die aus der DDR in die BRD kom-*

*men, wollen leben wie die überwiegende*

*Mehrheit hierzulande. Denjenigen unter*

*ihnen, die sich mit der hiesigen, bundes-*

*deutschen Elitenbegesellschaft identifi-*

*zieren und gar in den großdeutschen*

*Chor mit einstimmen, begießen wir mit*

*einem negativen Patriotismus: Jede Asyl-*

*bewerberin, jeder Asylbewerber, jede Im-*

*igrantin und jeder Immigrant aus den*

*Ländern, die von der Bundesrepublik mit*

*ausgeführt werden, stehen uns näher*

*als diese euphorischen „Brüder und*

*Schwestern“. Dem Nationalismus und der*

*Deutschstumelei wollen wir Mensch-*

*lichkeit und Solidarität entgegenstellen*

*– die Solidarität mit den Schwachen, Aus-*

*gegrenzten und Stigmatisierten, die sich*

*über Grenzen hinweg – gegen die*

*Herrschenden und Mächtigen richtet, ge-*

*rade angesichts eines wachsenden Na-*

*tionalismus, der eine verstärkte Repres-*

*sion läßt.*

*Die angeblichen nationalen Gemein-*

*samekeiten zwischen „Ostdeutschen“ und*

*„Westdeutschen“ beruhen zumeist auf ge-*

*meinfühliger Einbildung. Deutsch*

*wird nicht nur in Bonn und Weimar ge-*

*sprochen, sondern auch in Innsbruck, Zü-*

*rich und Liechtenstein. Goethe fühlte be-*

*kanntlich deutsch. Einen gemeinsamen*

*Staat haben Sachsen und Hessen nur*

*von 1811 bis 1945 gehabt, und das teilte*

*er zwei große Kriege. Zwischen West-*

*deutschen und Ostdeutschen besteht aller-*

*dings eine Haftungsgemeinschaft für das,*

*was sie – präzise: die in Deutschland*

*verschossen und alle, die sie unterstützten*

*in der Vergangenheit zusammen an*

*Verbrechen begangen haben.*

*Das antikolonialistische Recht auf*

*Selbstbestimmung können die Deutschen*

*nicht in Anspruch nehmen, denn sie sind*

*niemandes Kolonie. Auf die formaljuristi-*

*sche Möglichkeit, „in freier Selbstbestim-*

*mung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ (Grundgesetz BRD),*

*sollten sie verzichten angesichts des Scha-*

*dens, welchen das Deutsche Raub-Reich*

*der Jahre 1871-1945 angerichtet hat. Ent-*

*steht ein neuer deutscher imperialisti-*

*schler Koloss, wird niemand die anderen*

*Völker Europas, vor allem des Ostens,*

*vor ihm schützen können.*

*Wir schlagen eine bundesweite Demo-*

*nstration vor gegen die Wiedervereinigung,*

*für die Anerkennung der Staatsbürgers-*

*chaft der DDR sowie für radikale Ab-*

*rüstung in ganz Europa – mit Kampf-*

*gruppen für jeweils einseitige Vorstellungen*

*hierzulande: Raus aus der Nato, Auflö-*

*sung von Bundeswehr, Bundesgrenz-*

*schutz und Geheimdiensten.*

*Radikale Linke, 21.1.1990*

*„Auflösung von Bundeswehr“ was für Reformisten.  
„Zerschlagen“, „Bürgerkrieg“ – das wäre radikal und links!*

## **Warum es so überaus "praktisch" ist, die bisherige Existenz eines Deutschlands zu bestreiten - oder: Die "Gnade der un-deutschen Geburt"**

Dort, wo scheinradikal die Existenz Deutschlands, einer deutschen Nation einfach abgestritten wird, geschieht dies sehr oft - so wohl auch bei Teilen der "Radikalen Linken" - aus dem Bedürfnis heraus, mit diesem **imperialistischen** Deutschland nichts zu tun haben zu wollen, und daher einfach so zu tun, als gäbe es "deutsch" gar nicht. Dieses Verfahren ist überaus "praktisch", "praktisch" allerdings im Sinne von **opportunistisch**, nämlich **sich "herauszustehlen"** aus einer geschichtlichen Entwicklung, die objektiv existiert und auch einschließt, daß Deutschland existiert, seine Geschichte nicht aufgehört hat und sich daraus eine Fülle von heutigen Problemen ergeben.

Die wirklich radikalen und linken Kräfte in Deutschland können sich aus der Geschichte Deutschlands eben nicht herausstehlen, so als hätten sie damit nichts zu tun.

Das wird vielleicht deutlicher am Beispiel der Auswirkungen der Nazi-Zeit: Radikale und linke Kräfte können doch allen Ernstes nicht hingen und behaupten, weil sie vehement **gegen** die Nazis seien, hätten sie mit der Nazi-Zeit nichts zu tun. Wo sie gehen und stehen, sind sie doch von diesem Teil der Geschichte Deutschlands beeinflußt, geprägt, betroffen. Wie praktisch, so zu tun, als wäre man gar kein Deutscher! Dann hat man ja auch mit den gerechten Forderungen anderer Völker, polnischer Zwangsarbeiter auf materielle Entschädigung usw. nichts zu tun. Und mit der reaktionären Geschichte Deutschlands zu brechen ist auch keine besondere Aufgabe mehr - es gibt ja laut Aufruf der "Radikalen Linken" Deutschland angeblich gar nicht.

An diesem Punkt lohnt es sich, noch etwas zu verweilen. Denn einigen der "Polit-Propis", der "Macher" der Radikalen Linken ist dieser sehr wichtige und überzeugende Einwand gegen die scheinradikale, aber zutiefst opportunistische Lösung "Nie wieder Deutschland" durchaus bekannt. Sie "bauen vor", statt sich damit auseinanderzusetzen. Es wird eingeräumt, es gäbe (offensichtlich, liest man den Aufruf genau, nur für jene, die zur Zeit der Nazi-Diktatur gelebt haben) eine "**Haftungs-**

**gemeinschaft**" jener; die die Nazi-Verbrechen begangen oder unterstützt haben. Durch typisches Juristendeutsch soll hier wohl der Einwand entkräftet werden, daß die "Radikale Linke" sich aus der Verantwortung der deutschen Geschichte herausstehle. Aber genauer betrachtet ist diese Phrase von der "Haftungsgemeinschaft" der **damals, zur Zeit der Nazis schon Lebenden** nur der Beleg, der Beweis, daß hier **Demagogen** am Werk sind, die genau wissen, was sie tun und warum sie es tun. Auf **ihre Weise** beanspruchen sie für sich die "Gnade der späten und undeutschen Geburt", so als hätten sie mit all dem "deutschen Kram" nichts zu tun. Das, was sie dann doch auf Einwände hin nicht abstreiten können, das ist dann kein politisches Problem, sondern juristisch in den Griff zu kriegen mit der Kategorie "Haftungsgemeinschaft".

Nein, diese Leugnung der Existenz Deutschlands, einer deutschen Nation ist oberfaul, eine Variante der Phrase von der "Gnade der späten Geburt", eben die These einer angeblich "undeutschen Geburt", eine Vertuschung der anstehenden Aufgaben, ihrer ganzen Größe und ihrer Schwierigkeiten, eine Vertuschung der Realität.

Übrigens ist hier eine verblüffende, keinesfalls zufällige Parallele mit der Phrasendreischerei der SED-Revisionisten in den letzten dreißig Jahren festzustellen. Sie taten ja ebenfalls ab den sechziger Jahren auf einmal so, als ob die DDR kein Teil Deutschlands mehr sei, sich dort eine "eigenständige Nation" völlig neu herausgebildet habe, während anderseits Deutschtümelei ersten Ranges betrieben, zum Beispiel Martin Luther und selbst Bismarck hofiert wurden. Aber mit der Zeit der Nazi-Diktatur, so wurde bewußt der Eindruck erweckt, habe der Großteil der Bevölkerung der DDR angeblich nichts zu tun gehabt.

Gegen diese falsche Haltung - dieses "Sich-Davonstehlen" aus der deutschen Geschichte, wenn es opportun erscheint - bei der SED in den letzten über dreißig Jahren und bei der "Radikalen Linken" heute, genauer: in ihrem "Aufruf", erscheint es uns angebracht, nachdrücklich an die Kommunistische Partei Deutschlands nach der Niederlage des Nazi-Faschismus zu erinnern. Sie schrieb 1945, in ihrem ersten Aufruf nach dem Krieg (ganz im Gegensatz zu späteren Dokumenten der SED, die eine Mitverantwortung des deutschen Volkes im Zuge ihrer chauvinistisch-revisionistischen Versumpfung strikt ablehnte) noch:

**"Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt."**

("Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!", Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, zitiert nach: "Revolutionäre deutsche Parteiprogramme", Berlin 1967, S. 193)

Wir meinen, daß dieser Gedanke voll und ganz im Einklang steht auch mit jenen klaren Aussagen bei Marx und Engels, die interessanterweise und keineswegs zufällig in den späteren Dokumenten der SED niemals mehr zitiert oder angesprochen wurden.

Engels hob beispielsweise im gleichen Sinne hervor, daß jede künftige Regierung des siegreichen Proletariats seine Herrschaft weder ausüben noch festhalten kann,

**"ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andere Nationen begangen."**

(Engels, "Der Sozialismus in Deutschland", Marx/Engels Werke Band 22, S. 253)

**Das** sind unserer Meinung nach korrekte Ausgangspunkte, um weder die Existenz Deutschlands abzustreiten, noch die sich daraus ergebenden radikalen und linken Aufgaben gerade einer siegreichen sozialistischen Revolution zu verleugnen.

## ***Die Phrase von der "nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung"***

Der Aufruf der "Radikalen Linken" spricht von den "nichtkapitalistischen Gesellschaften im RGW-Bereich", von den "nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnungen des RGW", in diesem Sinne also auch von der DDR. Die Rede ist gleichzeitig von der "Brüchigkeit der bürokratischen Herrschaft" in diesen Ländern. Das ist, gelinde gesagt, eine Verniedlichung der eigentlichen Probleme bei der Analyse der Entwicklung der DDR (und anderer RGW-Staaten). Auch diesen Punkt gilt es, genauer zu analysieren, zu zergliedern und zu kritisieren.

Die Phrase von der "nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung" verschleiert, daß **über 30 Jahre in der DDR nur eine besondere Form des Kapitalismus geherrscht hat**, die mit Sozialismus nichts außer den Namen gemeinsam hat

Bei der Diskussion dieser Punkte entsteht - das ist zwangsläufig - von vornherein die Gefahr, bei der notwendigerweise sehr negativen Charakterisierung des Systems der DDR ins Fahrwasser der Ideologen des westdeutschen Imperialismus zu geraten, die selbstredend "ihren Staat", die BRD, als "freiheitlich", "sozial" und "demokatisch" preisen.

Und umgekehrt bemühen sich die korrupten SED/PDS- und DKP-Funktionäre, die jahrelang das System in der DDR getragen, organisiert und propagiert haben, sich nun herauszuwinden, etwas von "Schwächen" zu faseln, und

so zu tun, als wäre es doch das "bessere" Deutschland gewesen, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der DDR existierte.

Und da hat dann der Begriff "nichtkapitalistisch" seinen Stellenwert als **Rechtfertigung einer Politik**, die in der Tat durch und durch **antisozialistisch, kapitalistisch und zutiefst undemokratisch** war und sich im Kern durchaus mit dem System in Westdeutschland vergleichen läßt, auch wenn Formen und Ausprägungen auf manchen Gebieten recht unterschiedlich waren.

In der DDR gab es der **Form** nach nicht ein Privateigentum an Fabriken wie bei uns, herrschte staatliches Eigentum vor. Ist das ein Kennzeichen für Sozialismus? Wir sagen ganz klar: nein!

Sozialismus heißt auch auf ökonomischem Gebiet, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter, politisch als herrschende Klasse organisiert, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben.

Sind die Kommandohöhen in Staat und Wirtschaft nicht fest in der Hand der Arbeiterklasse, existiert also weder **sozialistische Demokratie**, die dieses garantiert, noch die darauf beruhende Macht der Arbeiterklasse gegen alle reaktionären Kräfte, die **Diktatur der Arbeiterklasse** in dem Sinne, in dem Marx diesen Begriff prägte, und wie sie in der sozialisti-

schen Sowjetunion zu Lebzeiten Lenins und Stalins existierte, dann kann von Sozialismus nicht die Rede sein.

Je genauer man die Wirklichkeit der DDR in den letzten Jahren und Jahrzehnten betrachtet, um so deutlicher wird werden, daß hier nur in der **Form** ein Unterschied zu Westdeutschland existierte, daß aber dem Inhalt, dem Wesen nach beide deutschen Staaten **Ausbeuterstaaten, Polizeistaaten** sind. Auch wenn der Form nach viele, manchmal auch gravierende Unterschiede (in den Methoden des politischen Betruges, in der Art sozialer Leistungen, in der Art der ideologischen Beeinflussung der Massen usw.) existieren, so hat doch die herrschende Ausbeuterklasse die Produktionsmittel - unabhängig von der juristischen Formulierung des Besitzes - in der Hand, stellt eben eine im Gegensatz zum Proletariat stehende Bourgeoisie, eine Kapitalistenklasse dar.

Daß die traditionelle deutsche Bourgeoisie nun die sich neu gebildete Bourgeoisie der DDR - vor allem ihre oberste Spitz - mehr oder minder abserviert, wohl aber auch in großem Umfang integriert, das hat nun wirklich nichts mit dem Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu tun. Das erinnert eher daran, daß ein größerer, modernerer Konzern einen kleineren schluckt, nachdem eine Reihe von Schutzmechanismen die Existenz des kleinen Konzerns nicht mehr garantiert.

Die Waffenschieber-Geschäfte der DDR, die aufgedeckt wurden, zeigen im übrigen auch, wie in mancherlei Hinsicht auch die Formen der Ausbeutung und der Lügen auf's Haar genau mit den Verhältnissen in der BRD übereinstimmten.

Die Wurzeln der "Beschönigung" - gelinde gesagt - , die Wurzeln der Lügen über die DDR als "nichtkapitalistisch" röhren zum Teil gewiß

auch aus der personellen Verknüpfung der "Radikalen Linken" mit den versprengten Resten der DKP-Funktionäre.

Es ist aber vor allem Ausdruck der Tatsache, daß, weit über die direkt organisierten und bezahlten Revisionisten der SED und DKP hinaus, in vielen Organisationen immer noch gigantische Illusionen in die längst nicht mehr rote Sowjetunion, die längst kapitalistisch geprägte DDR existieren.

Die neueste Entwicklung hat solche Kräfte jedoch oft nicht desillusioniert, sondern sie in ihren Illusionen über Breschnew und Honecker (gegen Gorbatschow und Gysi und Konsorten) noch bestärkt.

Denn eigentlich müßten sie doch **spätestens jetzt** anfangen, darüber nachzudenken, welch charakterlose Cliquen in diesen Ländern seit Jahren und Jahrzehnten das Sagen hatten. Sie müßten jetzt endlich begreifen, daß deren Linie der Anbiederei an die westlichen Imperialisten, deren Politik der "Öffnung ihres Marktes" für die westlichen Imperialisten, daß die Raubzüge gegen andere Völker, sei es in Eritrea, sei es in Afghanistan, nur Folgen der Tatsache sind, daß es sich eben nicht um Kommunisten, sondern um Verräter am Kommunismus, um Revisionisten handelte, die die Rote Fahne der sozialistischen Revolution längst über Bord geworfen haben.

Opportunistische Kräfte, wie insbesondere auch die führenden Kräfte der "Radikalen Linken" verfälschen jedoch die Vorgeschichte der heutigen Situation in diesen revisionistischen, seit langem kapitalistischen Ländern, weil sie in Wirklichkeit **nicht** radikal sind, **nicht** die **Wurzeln** der heutigen Entwicklung dieser Länder und die Vorgeschichte der herrschenden Cliquen dieser Länder analysieren wollen.

## Was heißt "radikal sein" eigentlich wirklich?

Der Name "Radikale Linke" verspricht mehr, als er einhält.

Radikal sein, das heißt allemal, der Sache auf den Grund gehen, die Wurzeln aufdecken und nicht an der Oberfläche verweilen.

Und es heißt auch, radikale, an die Wurzel gehende Wege und Ziele zu weisen. Genau davor weicht die "Radikale Linke" massiv zurück, bleibt an der Oberfläche. Sie stellt eben

**nicht** die eigentliche Aufgabe, die Wurzeln der gesamten imperialistischen Politik in Westdeutschland radikal auszureißen, die einzige Kraft, die dies auf lange Sicht in der sozialistischen Revolution leisten kann, die Arbeiterklasse, zu organisieren und zu leiten.

Radikal sein, das würde auch heißen, zur Frage des Staatsapparates des westdeutschen Imperialismus Stellung zu nehmen

und klar zu sagen, daß er von oben nach unten und von unten nach oben zerschlagen werden muß. Zu sagen, daß hier die Waffe der Kritik nicht ausreicht, sondern die Kritik der Waffen der Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich ist, daß dies Bürgerkrieg, sozialistische Revolution, Aufstand heißt. Und daß nach einer siegreichen sozialistischen Revolution nicht das Traumreich anbricht, sondern, der harten Realität entsprechend, der Klassenkampf gegen die gestürzten Ausbeuterklassen, gegen Reaktionäre und Bürokraten, Opportunisten und Revisionisten *radikal* weitergeführt werden muß, daß dazu eine starke Diktatur des Proletariats, eine starke, nicht aufgeweichte so-

zialistische Demokratie, die Weiterführung der sozialistischen Revolution mit dem Ziel des Kommunismus nötig ist.

Aber, seien wir ehrlich, das ist natürlich schon ein bißchen zu viel verlangt von einem Sammelbündnis von "GRÜNEN-Promis" und "KONKRET"-Herausgeber.

Dennoch ist nur eine wirklich revolutionäre Linie die richtige, wirklich *radikal* und wirklich links, eben kommunistisch. Und es ist nicht zu viel verlangt von denen, die es ehrlich meinen, die wirklich *radikal* und *links* handeln wollen, sich mit unserer Position und unserer Kritik auseinanderzusetzen.



### **Dokumente der 1. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung":**



#### **Ausgangspunkte unserer programmatischen Arbeit**

"Gegen die Strömung" Nr. 46, Dezember 1989



#### **Die proletarische Weltrevolution und die Revolution in West-deutschland**

"Gegen die Strömung" Nr. 47, Januar 1990



#### **Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!**

"Gegen die Strömung" Nr. 48, Februar 1990



#### **Bericht über den Verlauf der Diskussion zu den programmatischen Resolutionen der 1. Parteikonferenz**

"Gegen die Strömung" Nr. 49, April 1990

# *Streiflichter*

zu den

## “MLPD”-Nationalisten

Gegen die “Radikale Linke” polemisiert auch eine Gruppe, die sich “Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands” nennt.

Die Auseinandersetzung mit dieser “MLPD” fällt einem schwer, wenn man ihren deutsch-nationalen Mist liest:

Bei ihr existiert ein “Anti-Amerikanismus”, der nicht von echten antiimperialistischen Motiven geprägt ist, sondern von nationalistischer Basis ausgeht. Und auch die “MLPD”-Kritik an der Sowjetunion geht ganz offensichtlich nicht von marxistisch-leninistischen, sondern von nationalistischen Positionen aus.

Ebenfalls keineswegs zufällig, sondern von nationalistischer Grundlage ausgehend hat die “MLPD” eben das “D = Deutschland” in ihrem Namen, versteht sich als Partei für ganz Deutschland und zwar seit ihrer Gründung vor über 10 Jahren. Für diese Nationalisten ist auch selbstverständlich, daß sie eine eigene “normale” Ortsgruppe in Westberlin unterhalten. Daß Westberlin kein Teil Westdeutschlands ist, die Kommunistische Partei nicht einfach nach

“nationalem Kriterium” organisiert werden kann (sondern daß die Kommunisten davon ausgehen, daß die staatliche Organisation der herrschenden Klasse entscheidend ist), das kümmert die Edel-Nationalisten von der “MLPD” kein bißchen. So weit, so schlecht.

Das Problem ist jedoch, daß diese “MLPD” sich “marxistisch-leninistisch” nennt. Ihr Gründer, Willi Dickhut, stammt aus der alten revolutionären KPD Ernst Thälmanns und trennte sich in den sechziger Jahren im Zusammenhang mit der Opposition und Polemik der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Sowjetrevisionismus von der revisionistisch-bürgerlich gewordenen KPD.

Die “MLPD” diskreditiert durch ihre nationalistische (und zutiefst reformistisch-pazifistische) Politik und Propaganda die Ideen des Marxismus-Leninismus bei allen revolutionären Kräften.

Daher darf auch diese Gruppe nicht einfach mit einer Handbewegung abgetan werden, ihre Ideologie und Politik muß Gegenstand der Kritik bleiben, auch wenn sie “unter aller Kritik” ist.

### Drei Kritikpunkte am zentralen Aufruf der “MLPD” vom Januar 1990

- Anlässlich der Politik der unmittelbaren staatlichen Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus hat die “MLPD” zum Beispiel das Kunststück fertiggebracht, ganz im Tenor der westdeutschen Imperialisten als eine der zentralen Lösungen herauszuposaunen:

**“Abzug aller Besatzungstruppen!”**

(zitiert nach: “Rote Fahne”, Zentralorgan der MLPD, Nr. 3/1990, S. 9)

“Unser Deutschland ist besetzt” - das ist eine der Lügenparolen der Neonazis. Die “MLPD”

entblödet sich nicht, auf ihre Weise diesem Slogan zuzustimmen, so als wäre heute Westdeutschland ein vom US-Imperialismus unterdrücktes, eben “besetztes” Land. So hilft die “MLPD” auf ihre Weise, die Tatsache zu verschleiern, daß der westdeutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus längst wieder eine imperialistische Großmacht ist, zwar noch im Bündnis mit dem US-Imperialismus (und in diesem Rahmen sind seine Truppen noch in Westdeutschland stationiert), aber zunehmend auch in der rein imperialistischen Großmachtkonkurrenz gegenüber den USA.

Das ist der Grund, warum westdeutsche Politiker der imperialistischen Parteien heute lauter denn je den Abzug der US-Truppen propagieren.

Für wirkliche Marxisten-Leninisten müßte klar sein, daß der Hauptschlag *gegen* den "eigenen" Imperialismus gerichtet werden muß, eben *gegen* den westdeutschen Imperialismus, seinen Staatsapparat, seine Armee. Die nationalistische Phrase von den "Besatzertruppen" (anstatt die Truppen der USA, Frankreichs usw. als zusätzlichen Feind einer zukünftigen revolutionären Entwicklung in Westdeutschland anzugreifen) allein ist schon ein böses Indiz für den Zustand der "MLPD".

Allerdings wäre eine Kritik an dem, was in diesem Aufruf drinsteht nicht ausreichend. Noch schwerwiegender ist in Wirklichkeit das, was **nicht** drin steht:

Mit keinem Wort wird in dieser Erklärung direkt gegen die "eigene" imperialistische Armee, die Bundeswehr, Stellung genommen, die ja Hauptzielscheibe des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution sein wird.

- Diese opportunistische Methodik ist typisch für die "MLPD". Die Teilung Deutschlands zum Beispiel wird folgendermaßen erklärt:

**"Schuld daran sind die westlichen Besatzungsmächte unter Führung der USA".**  
(ebenda)

Das aber ist nur die halbe Wahrheit und die ist bekanntlich oft schlimmer als die direkte Lüge. Die ganze Wahrheit ist, daß die Gründung der Bundesrepublik, der Bruch des Potsdamer Abkommens sehr wohl entscheidend mit auf das Konto des nur zeitweilig geschlagenen, aber nicht zerschlagenen deutschen, nun westdeutschen Imperialismus ging. Dieser war in höchstem Maße daran interessiert, in einem Teil Deutschlands seine Macht zu rekonstruieren und steuerte daher sehr zielstrebig die Teilung Deutschlands 1949 an.

Genau **das** aber umgeht die "MLPD", läßt es weg und verfälscht so nicht nur die historische Wahrheit, sondern nimmt dabei die "eigene" Bourgeoisie wiederum in Schutz, um ihre, auf nationalistische Stimmungen in der Bevölkerung ausgerichtete Propaganda betreiben zu können.

- Noch ein drittes und letztes Beispiel für diese Methodik der "MLPD". Es heißt wieder-

Wer die nebenstehend abgebildete Broschüre der "MLPD" zunächst von der Grafik und dem Titel her anschaut, könnte meinen, es mit einer Publikation der Neonazis zu tun zu haben. Herausgeber ist aber die "MLPD". Und was in der Broschüre geschrieben steht, entspricht der äußeren Aufmachung: Der Inhalt könnte ohne Probleme das Publikum auf jeder Wahlkampfveranstaltung von Schönhuber zu Beifallsstürmen hinreißen.

Es wird, kurz gesagt, aufgerechnet, ganz im Tenor des westdeutschen Imperialismus, der seit Jahr und Tag angebliche Verbrechen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition auflistet, um so die Verbrechen des Nazi-Faschismus zu relativieren.

Nicht nur der reißerische Titel "Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen" schwimmt auf dieser "Relativierungswelle". Die braune Soße ergießt sich in der ganzen Broschüre über die Leserin und den Leser: "US-Kriegsverbrechen totgeschwiegen" heißt es da in einer Überschrift. Worin bestanden denn nun die "Verbrechen" an jenen deutschen Soldaten, die in ihrer übergrößen Mehrheit bis zum Schluß nicht wagten zu desertieren und ihre Munition im Auftrag der Nazis verschossen oder selber Nazis waren?

Die "MLPD" benutzt in dieser Broschüre den Begriff "systematische Vernichtung". Doch wer erwartet, nun würde wirklich über "systematische Vernichtung", über die industriell organisierten Mordfabriken in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor, Chelmno, Auschwitz-Birkenau gesprochen, in die die Häftlinge, vor allem jüdische Gefangene sowie Sinti und Roma, nur mit einem Zieleingeliefert wurden, nämlich für die "systematische Vernichtung", der wird eines schlechteren belehrt!

Die "MLPD" behauptet, ein Teilnehmerstaat der Anti-Hitler-Koalition, die USA, hätten (das sagt die "MLPD" und nicht etwa die "REPs")

**"die systematische Vernichtung deutscher Kriegsgefangener in den amerikanischen Lagern" betrieben.**

(S. 27 dieser Broschüre, die 1985 erschien und heute, 1990, in der "Roten Fahne", Zentralorgan der MLPD, propagiert wird)

**"Systematische Vernichtung"??**

Die "MLPD" betrachtet es als Enthüllung, daß 3000 deutsche Kriegsgefangene, die vorher in der faschistischen Wehrmacht gedient hatten, in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager an Krankheit und Erschöpfung in drei Monaten starben. Mag sein, daß selbst diese Zahlen von Nazis stammen, mag sein, daß diese Zahlen stimmen. Sie beweisen erst einmal gar nichts.

Ebenso wie die Zahl der in sowjetischen Lagern gestorbenen deutschen Häftlinge gar nichts beweist.

3000 Tote, das war die Zahl der Menschen, die innerhalb von zwei Stunden - und der industrielle Massenmord lief rund um die Uhr, tagtäglich - in den Gaskammern von Auschwitz, in Treblinka oder Sobibor ermordet wurden.

**Das war "systematische Vernichtung".**

Die demgegenüber mehr oder weniger komfortablen Lager der Staaten der "Anti-Hitler-Koalition" damit auch

gen das Potsdamer Abkommen und die Sowjetunion Stalins vorbringen, um dann zu schlußfolgern:

**"Diese Kritik war durchaus berechtigt.."**  
(ebenda, S. 526)

Welche Kritik? Lassen wir also auch, obwohl es ungeheure Verleumdungen sind, diese angebliche "Kritik" auf chauvinistischer Basis zu Wort kommen:

**"Daß wir (die KPD, AdV) mitverantwortlich für das gemacht werden, was in der russischen Politik als unsere Volksinteressen gefährdend angesehen wird. Z.B. die Haltung der Sowjet-Regierung in der Frage der Ostgrenze Deutschlands, der Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Gebieten, der Verweigerung der Aufhebung der Zonengrenze, der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen. Besonders schädigend ist gerade das Verhalten der Sowjet-Regierung im letzten Falle."**

(ebenda, S. 526)

Konkret wird hier als "Gefährdung der Volksinteressen" (was für ein Ausdruck!!) angesehen:

- Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze
- Die Umsiedlungen der in ihrer Mehrheit faschistisch verhetzten deutschen Bevölkerung aus Polen und der CSSR entsprechend dem Potsdamer Abkommen

● Die Festsetzung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, offensichtlich ihr Einsatz bei der Wiederherstellung der von ihnen zerstörten Sowjetunion, die nötigen Maßnahmen, um die großen und kleinen Nazi-Henker ausfindig zu machen, ihre Verurteilung usw.

Es ist eigentlich nur logisch, daß die vorgeblich gegen die USA gerichteten Angriffe der schlechten "Behandlung", gar "systematischen Vernichtung" deutscher Kriegsgefangener sich auch (oder gerade) gegen die Sowjetunion Stalins richtet.

Diese ganze revanchistische und deutsch-nationalistische Grundauffassung steckt ganz, ganz tief in den Köpfen der führenden Kräfte der "MLPD", vor allem wohl von Willi Dickhut.

Mit der Haltung von Marx und Engels, mit der Haltung von Marxisten-Leninisten hat das ganze wirklich **nichts** zu tun.

## Die "MLPD" im Fahrwasser der Neonazis!

nur in Zusammenhang zu bringen, ist nicht einfach ein Fehler, das ist ein wirkliches Verbrechen, das ist neonazistische Propaganda!

Wir sind sehr für eine Differenzierung der durchaus sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Haltung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition. Allerdings völlig anders als die "MLPD".

Der wesentliche Unterschied war in Wahrheit der, daß in den US-Lagern schon bald nach 1945 die Masse der alten Nazis bevorzugt, unter "humanitärem" Mäntelchen die Verfolgung der großen und kleinen Nazi-Henker hintertrieben wurde. Dort wurde eine "Entnazifizierung" betrieben, die einer "Nazifizierung" der BRD gleichkam, während wenigstens in den ersten zehn Jahren die Sowjetunion und die Rote Armee die Nazi-Henker ermittelten, bestraften und hinrichteten. 1955 allerdings, zwei Jahre nach dem Tod Stalins, begann die Sowjetunion als Ablöse an die westlichen Imperialisten mit der Freilassung deutscher Kriegsverbrecher - ein von Adenauer groß gefeierter Sieg. **Das** gilt es anzuprangern, nicht aber die angeblich zu "harte" Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Das ist aber ganz und gar nicht die Herangehensweise der "MLPD".

In ihrem Chauvinismus scheut sie sich nicht, auch die Sowjetunion Stalins als angeblich "zu hart" anzugreifen und das Potsdamer Abkommen zu beschimpfen.

In dem Buch Willi Dickhuts mit dem Titel "So war's damals..., Erinnerungen eines Solinger Arbeiters" läßt die "MLPD" ein KPD-Mitglied die Verleumdungen ge-



um in ihrem zentralen Aufruf vom Januar 1990:

**"Die EG strebt die Bildung eines neuen Machtblocks Europa an. Diese Manöver gefährden den Weltfrieden."**

(ebenda)

Auch hier wird die Sache bewußt so angepackt, daß ein ominöser Feind, "die EG", angeprangert wird, den es in Wirklichkeit so ja gar nicht gibt. Die Sache ist doch die, daß es innerhalb der EG der westdeutsche Imperialismus ist, der durch die betriebene staatliche Einverleibung der DDR seine Position als Nummer 1 in der EG ausbaut und festigt, daß vor allem er es ist, der durch diese Einverleibung der DDR im Rahmen *seiner* Europa-Politik "den Weltfrieden" gefährdet.

Die "MLPD" schafft es wieder, die Sache so unbestimmt zu halten, um der nationalistischen Stimmung in der Bevölkerung, die sich oft sehr vage "gegen die EG" richtet, nach dem Mund zu reden, statt die nötige Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, und die Machenschaften des "eigenen", des westdeutschen Imperialismus auch innerhalb der EG anzuprangern und ihnen den Krieg zu erklären!

Nationalismus in der Ideologie, den "eigenen" Imperialismus aus der Schußlinie nehmen in der Politik, das ist die opportunistische, revisionistische Basis, von der aus die "MLPD" nun die "Radikale Linke" anklagt.

☆ ☆ ☆

## Faule, nationalistische Kritik der "MLPD" an der "Radikalen Linken"

Die "Radikale Linke" hatte im "Spiegel" wörtlich oder sinngemäß erklärt:

**"Die Linke müsse 'dem rechten Slogan »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« entgegenstellen: »Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein'."**

("DER SPIEGEL" vom 19.2.1990, S. 59)

Nun, wer wirklich von Marx ausgehend zu dieser Frage etwas entgegnen, etwas hinzufügen wollte, müßte anfangen mit jener Stellungnahme, die Marx 1843 zum Thema "Nationalgefühl" angesichts der keinesfalls ruhmreichen Geschichte der herrschenden Klassen Deutschlands abgegeben hat.

Marx polemisierte gegen Leute, die das Gefühl der Scham als Form des Nationalgefühls rundweg ablehnten und pseudorevolutionär behaupteten: "Aus Scham macht man keine Revolution". Marx schrieb dazu:

**"Ich antworte: Die Scham ist schon eine Revolution; (...) Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrte. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht. Ich gebe zu, sogar die Scham ist in Deutschland noch nicht vorhanden; im Gegenteil, diese Elenden sind noch Patrioten."**

(Marx, "Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern", 1843, Marx/Engels Werke Band 1, S. 337)

So die Antwort von Marx - natürlich unter anderen historischen Bedingungen. Die bürgerlich-demokratische Revolution stand an, das "Sündenregister" der herrschenden Klassen in Deutschland, wie Marx sagte, war voll von Verbrechen an anderen Völkern und die breiten Volksmassen mit ihrem Untertanengeist waren nicht ohne Schuld. Engels stellte in diesem Zusammenhang fest, daß nicht nur die Regierung, die herrschende Klasse die Schuld an all den Niederträgigkeiten und Verbrechen hatte, sondern diese auch "zu einem großen Teil dem deutschen Volke" angelastet werden mußte.

**"Ohne seine Verblendungen, seinen Sklaveninn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als 'gemütliche' Büttel und Werkzeuge der Herren 'von Gottes Gnaden' wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande..."**

(Engels, "Auswärtige deutsche Politik", 1848, Marx/Engels Werke Band 5, S. 155)

So gingen Marx und Engels zu ihrer Zeit an diese Frage heran. Nach den weltweiten Verbrechen der Nazi-Faschisten, des deutschen Imperialismus gilt der Kern dieses Herangehens von Marx und Engels um so mehr:

Die von Marx geforderte revolutionäre Scham, dieser nach innen gekehrte Zorn als Bereit-

schaft, mit dem von der herrschenden Klasse eingeimpften Untertanengeist zu brechen, die ist heute vor allem bei der Arbeiterklasse nötig, die der Träger der sozialistischen Revolution, der Abrechnung mit der herrschenden Klasse und ihrer Verbrechen ist.

Wie aber antwortet die "MLPD"? Sie schreibt:

**"Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein"** - genüßlich zitiert der 'Spiegel' am 19. 2. 90 diesen abgrundtiefen Schwachsinn als 'radikale, linke' Erkenntnis. So wie Kaiser Wilhelm keine Parteien mehr, sondern nur noch 'Deutsche' kannte, so vergißt auch in bewegten Zeiten die 'Radikale Linke' alle Klassenunterschiede und schämt sich für die deutschen Arbeiter gleichermaßen wie für die deutschen Kapitalisten."

("Rote Fahne", Zentralorgan der MLPD, Nr. 9/90, S. 9)

Von dem, was Marx und Engels erklärt, analysiert haben, hat die "MLPD" ganz offensichtlich überhaupt nichts verstanden. Sie arbeitet einfach mit einer Unterstellung, nämlich der Unterstellung, daß die "radikale Linke" sich **"gleichermaßen"** für die deutschen Arbeiter wie für die deutschen Kapitalisten schämt.

Diese Unterstellung entspringt der nationalistischen Auffassung, daß **der deutsche Arbeiter** keinen Grund habe, sich im Sinne von Marx und Engels "zu schämen". Das Kapital allein sei wohl schuld an den Verbrechen Nazi-Deutschlands oder auch des westdeutschen Imperialismus heute. Aber, vom Kapital zu erwarten, daß es sich "schämt", das ist absurd!

Es geht in erster Linie um die hauptsächliche Kraft, den Träger einer künftigen sozialistischen Revolution, um die Arbeiterklasse, die in der Tradition der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung kämpfen wird. Das hatten Marx und Engels, das hat der Aufruf der KPD vom Juni 1945 richtig gesehen, als sie von "Mitschuld und Mitverantwortung" sprachen, das sieht die "MLPD" in nationalistischer Tradition ganz falsch.

Auch wenn die **Hauptschuld** des deutschen Monopolkapitals, heute des westdeutschen Kapitals, ganz außer Zweifel steht: Es ist unbedingt nötig, daß die Träger der sozialistischen Revolution, die Arbeiterinnen und Arbeiter, sich **mitverantwortlich** und gegebenenfalls **mitschuldig** für all das fühlen, was "ihre" herrschende Klasse anderen Völkern antun kann - teilweise mit direkter Unterstützung des reaktionärsten, verbündeten, eines nicht unerheblich großen Teils der Arbeiterklasse -, **ohne daß die Mehrheit der Arbeiterklasse der herrschenden Klasse in den Arm gefallen ist, ihr den Krieg erklärt, sie gestürzt hat!**

Für eine **solche** Klassendifferenzierung sind wir, nicht aber für die vulgäre und zutiefst nationalistische Vertuschung der Probleme durch die "MLPD".

Die "MLPD" ist ganz und gar keine "marxistisch-leninistische Partei". Sie ist eine "**deutsch-nationalistische**" Kraft, die unter falscher Flagge segelt und der entschieden der Kampf angesagt werden muß!



## Der "Arbeiterbund" und der "Wunsch nach der Wiedervereinigung"

Lediglich eine Art "Variante" der "MLPD" ist der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD".

Mit dem Slogan "Damit Deutschland den Deutschen gehört" ziehen sie seit Jahren durch die Lande, um ihr "nationales Programm" der "Wiedervereinigung Deutschlands" unter die Leute zu bringen. Und natürlich ist die Erstausgabe der Broschüre mit der Deutschlandfahne und schwarz-rot-goldenem Druck geziert.

Der "Arbeiterbund" appelliert in dieser Broschüre an die "**wirklich national gesintten Menschen**" an "**Jeden patriotisch gesintten Menschen**", an diejenigen, die "**ihr deutsches Vaterland lieben**". (Wer es nicht glaubt, kann die Zitate in der nebenstehend faksimilierten Broschüre nachlesen, auf den Seiten 15, 24 und 14.)

Und wer es noch genauer wissen will:

**"Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (...) wendet sich damit (mit seiner programmatischen Erklärung, AdV) (...) an alle Menschen in Westdeutschland und Westberlin, in denen der Wunsch nach der Wiedervereinigung ihrer deutschen Heimat noch so lebendig wie bei Beginn der Spaltung ist."** (ebenda, S. 3)

Wir würden uns überhaupt nicht genauer mit dieser Gruppe beschäftigen (die zudem eine üble Anbiederei an die DKP und PDS betreibt und vor einiger Zeit mit Plakaten folgenden Inhalts auftrat: "SPD wählen, Mitglied im 'Arbeiterbund' werden!"), wenn nicht der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" recht raffiniert in den letzten Jahren sein nationalistisches Gift unter die Leute bringen würde:

Ihre alte schwarz-rot-goldene Broschüre wurde - ohne am Inhalt irgendetwas zu verändern - nun in neutralem Gelb neu aufgelegt und weiter in ihren aktuellen Flugblättern zitiert und propagiert. Bei ihrer Arbeit in den Gewerkschaften jedoch wird der nationalistische Dreck weitgehend zurückgehalten bzw. sorgsam dosiert.

So organisierte unter anderem der "Arbeiterbund" den "anachronistischen Zug" mit der Tochter Bertolt Brechts, Hanne Hiob, mit. Oder er beteiligte sich an der Aufführung der "Legende vom toten Soldaten" u.a. in Bitburg. Durch solche Aktionen mit gewisser Breitenwirkung gelang es dieser nationalistischen, sich selbst gar kommunistisch verstehenden Organisation, einen nicht unbedeutenden Einfluß auf fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen zu erhalten.

Um so wichtiger ist es, die nationalistische Grundlosung dieser Organisation "Damit Deutschland den Deutschen gehört" bewußt zu kritisieren, bzw. in ihrem Umfeld erst einmal bewußt zu machen, **welchen nationalistischen Dreck** diese oft doppelzünglerisch auftretende Organisation verbreitet.

Vielleicht aber, auch wenn solche Hoffnung oft genug trügt, wird es auch Kräfte innerhalb des Arbeiterbundes geben, denen angesichts der heutigen Entwicklung die **radikale Akehr** vom Nationalismus und damit auch vom "Arbeiterbund" selbst nötig erscheint.



## **Freispruch W. Hofmanns bei der Wiederholung der Berufungsverhandlung wegen:**

### **“Verächtlichmachung der BRD bzw. des Wappens der BRD”**

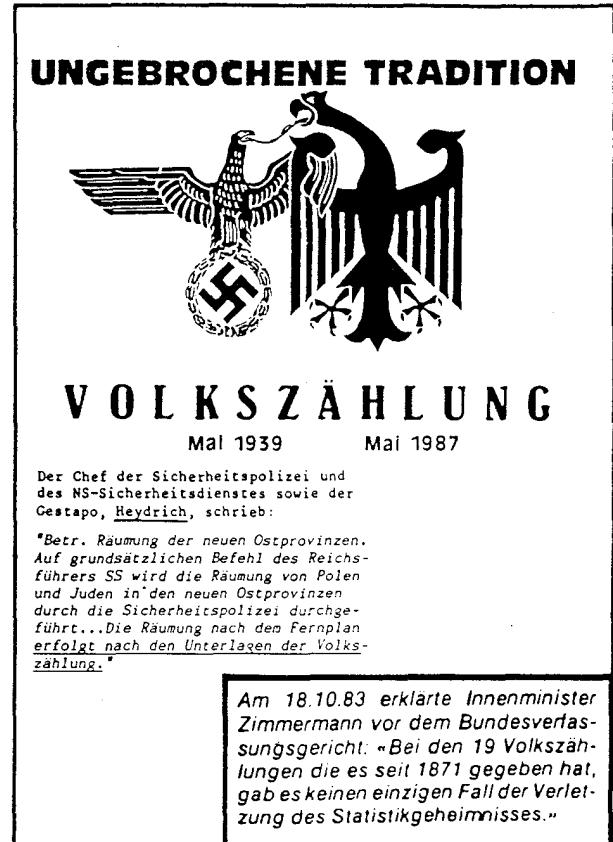
Nach 3 Jahren Auseinandersetzung zog es die Frankfurter Justiz vor, W. Hofmann freizusprechen. Vorausgegangen waren Festnahme des presserechtlich Verantwortlichen von "GEGEN DIE STRÖMUNG" mit gezückter Pistole, Hausdurchsuchungen und nachfolgende Verurteilung in erster und zweiter Instanz zu 30 Tagessätzen à 10.-DM.

Anklagepunkt war nebenstehende Karikatur im Flugblatt von "GEGEN DIE STRÖMUNG" vom Mai 1987, "Kampf der Volkszählung". Polizei und Justiz hantierten mit den verschiedensten Paragraphen, beginnend mit dem Vorwurf der "Propagierung des Hakenkreuzes" über "Verunglimpfung der BRD" landeten sie schließlich bei der "Verächtlichmachung des Wappens der BRD". Dieser Argumentation war wenig Glück beschieden. Das Oberlandesgericht Frankfurt entdeckte mit deutscher Gründlichkeit, daß es gar nicht das Wappen war, das hier verächtlich gemacht wurde, denn - man höre und staune - hier handelt es sich nur um das Wappentier. Und da zu einem "richtigen ordentlichen Wappen" auch der Wappenrahmen gehört, wurde das Urteil aufgehoben und die Wiederholung des Prozesses angeordnet - nicht ohne zu betonen, daß doch geprüft werden sollte, ob nicht doch eine Verächtlichmachung oder Beschimpfung der BRD vorliege.

Das Oberlandesgericht Frankfurt vermittelt auch einen Eindruck, wie hier "Recht gesprochen" wird:

"Die Festlegung der Staatssymbole der Bundesrepublik erfolgt aufgrund ungeschriebenen Verfassungsrechts durch den Bundespräsidenten." (OLG Frankfurt, 28. August 1988)

"Ungeschriebenes Verfassungsrecht"! - unverblümt zeigt diese Passage, wie das Gericht selbst-herrlich die eigenen Institutionen einschätzt: Im Zweifelsfall braucht man eben kein Parlament, keine Abstimmung. Ja, es ist noch nicht mal nötig, eine schriftliche gesetzliche Grundlage zu haben!



Wie schon in den beiden ersten Prozessen war der Zuschauerraum gut gefüllt - diesmal sogar überfüllt - und auch Presse, Funk und Fernsehen zeigten erneut ihr Interesse.

W. Hofmann ging in seiner Stellungnahme nochmals auf die ungebrochene Tradition auf dem Gebiet der Volkszählung ein, auf die ungeheuerliche Lüge von Ex-Innenminister Zimmermann, daß es nie eine Verletzung des Statistikgeheimnis seit 1871 gegeben hätte. An zwei Beispielen (siehe auch "Gegen die Strömung" Nr. 44, S. 5 und 6) zeigte er die personelle Kontinuität zwischen Statistischem Reichsamt und dem Bundesamt für Statistik auf.

Gegen den plumpen Vorwurf einer angeblichen Gleichsetzung von Nazi-Faschismus und heutiger BRD zitierte W. Hofmann aus dem damaligen Flugblatt:

**"Niemand kann ernsthaft die heutigen Zustände in Westdeutschland mit der Situation 1933 - 1945 gleichsetzen." (Flugblatt S. 4)**

Gleichzeitig hob er die Parallelen zwischen damals und heute hervor:

**"Und dennoch drängen sich Parallelen zwischen heute und damals immer wieder auf."** (ebd.)

W. Hofmann betonte, daß es Kontinuität und Parallelen nicht nur auf dem Gebiet des Statistikwesens gibt:

**"NIEMALS, weder ökonomisch (dieselben Besitzer und Besitzverhältnisse in den Fabriken und Banken) noch personell (in vielen Ämtern die alten Staatsanwälte, Staatssekretäre, Polizeioffiziere, Oberstudienräte) noch militärisch (Aufbau der Bundeswehr hauptsächlich durch die alte Nazi-Generalität) noch ideologisch wurde wirklich mit dem deutschen Nazi-Faschismus gebrochen.** (ebd.)

In seinem Schlußwort ging W. Hofmann noch auf das anstehende Urteil ein:

**"Wie das Urteil auch ausgehen mag, so waren die Verfolgungen doch Teil der Kriminalisierung der Proteste gegen die Volkszählung."**

**Aber natürlich hat die Sache noch einen weiteren Aspekt: Ich bin nicht nur als Volkszählungsgegner auf der Anklagebank, sondern als Redakteur der kommunistischen Zeitung "GEGEN DIE STRÖMUNG", auch wenn diesmal nicht kommunistische Kritik an dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung, an diesem imperialistischen Staat, die Propaganda für die sozialistische Revolution aufs Korn genommen wurde.**

**Seit 15 Jahren bin ich, ist die Zeitung "GEGEN DIE STRÖMUNG" mit den Schikanen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten und auch durch offene Nazi-Banden konfrontiert. Diese Angriffe werden nur ihr Gegenteil erreichen: Zum Beispiel als die Polizei hunderte von Flugblättern und Plakaten von "GEGEN DIE STRÖMUNG" beschlagnahmte, wurde ein Mehrfaches nachgedruckt und kam in ganz Westdeutschland zur Verteilung.**

**Ich möchte diese Einstellung mit einer Aussage von Friedrich Engels unterstreichen:**

**'Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners, heulen, winseln und Entschuldigungen stammeln: so böse war's nicht gemeint; (...) Wiederhauen muß man, für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück. Das war unsere Taktik von jeher...'''**

Das Gericht suchte sich aus der Affäre zu ziehen, meinte, daß es sich hier zwar um eine Beleidigung der BRD handele, die Karikatur mit beigefügtem Text jedoch ein eigenständiges Kunstwerk darstelle, und begründete somit den Freispruch.

Ähnlich faul berichteten übrigens auch die Medien über den Prozeß: In verschiedensten Zeitungen, sowie in Rundfunk und Fernsehen wurde, teilweise ausführlich, auf den Prozeß eingegangen.

Haupttenant war, die Ablehnung der plumpen Gleichsetzung des Nazi-Regimes mit der heutigen BRD durch W. Hofmann, letzten Endes in eine Leugnung der Kontinuität umzufälschen - wie von der bürgerlichen Presse auch nicht anders zu erwarten.

W. Hofmann zog jedoch schon im Gericht seine eigene Schlußfolgerung aus dem Versuch, seine politische Anklage zu einem lediglich zahmen Kunstwerk zu machen. Er zitierte Karl Marx, der schon herausgestellt hatte, daß es nicht nur darauf ankomme, die Welt zu interpretieren, sondern sie vor allem zu verändern: So stellte er zum Schluß dem Gericht und den Zuschauern eine verbesserte Fassung des ersten Plakates vor und betonte, daß nun dieses Plakat verbreitet werden wird: **Die ungebrochene Tradition zerschlagen!**

